

Leipzig NEUE

EINE LINKE ZEIWOCHENZEITUNG

■ Lügen, um zu leben

Die unglaubliche, aber wahre Geschichte des Hitlerjungen Salomon. Sally Perel vor Leipziger Schülern *Seite 3*

■ Pest oder Cholera

LN-Gespräch über die Probleme mit dem Haushalt für 2006 *Seite 4*

■ Stunde der „Patrioten“

Ex-Minister Rößler wuchert mit Begriffen wie „Schicksalsgemeinschaft“ bedenklich in rechten Gefilden *Seite 6*

■ Psychogramm des Weltkriegs

Briefe von Käthe und Hermann Duncker *Seite 12*

23

2005

Nur
ein
Euro!

13. Jahrgang
18. November

www.
leipzig-
neue.de

Paris 1968

Arbeiter und Studenten protestieren gemeinsam



Wahrheiten aus Frankreich

Doch Armut muss die Zunge wetzen
und bäumt sich manchmal
auf im Joch.
Francoise Villon 1431–1463

Es wäre viel wichtiger, darauf hinzu-
arbeiten, das Elend zu verhüten.
Als die Zufluchtsstätten für die
Elenden zu vermehren.
Denis Diderot 1713–1784

Wenn zu dem gewöhnlichen Unmut
der Hass tritt, überschreiten die
Dinge jedes Maß und Ziel.
Denis Diderot 1713–1784

Aber ich glaube, dass die Armen die
Reichen hassen und dass die
Reichen vor den Armen Angst haben.
Gustave Flaubert 1821–1880

Solange die Gesellschaft nicht eine
positive Moral als ihre Grundlage
erhält, wird eine dauerhafte
öffentliche Ruhe nicht bestehen.
Claude Henry Saint-Simon 1760–1825

Panik hat alle Industrie zum Stillstand
gebracht, und das
feige Geld hat sich versteckt.
Emile Zola 1840–1902

Und der Hass ist der Zorn der
Schwachen.
Alphonse Daudet 1840–1879

... es gibt nichts Besseres,
als von seiner Arbeit zu leben.
Anatole France 1844–1924

Was bei der Jugend wie Grausamkeit
aussieht, ist meistens Ehrlichkeit.
Jean Cocteau 1889–1963

Freiheit ohne Gerechtigkeit ist Willkür
Jean Anouilh 1910–1987

Müntes genialer Coup

Das über 100-seitige Koalitionspapier ist ausgedruckt. Liest es jemand wirklich? Wozu? Es kommt eh alles viel schlimmer. Und die wirklichen Knackpunkte stehen noch nicht mal drin. Und wenn? Müßig, jetzt die verbreiteten kleintlichen Zahlenspielchen mitzumachen, in der Art: drei Prozent Mehrwertsteuer gegen sinkende Sozialbeiträge, „Reichensteuer(chen)“ statt PKW-Maut ... Noch müßiger, den nunmehr Regierenden eine lange Nase anzumalen. Hat denn ernsthaft jemand geglaubt, was die vorher sagten? Sich nun in Medienkreisen entsetzt zu geben, dass Schröder und Merkel und Stoiber und Müntefering nur gelogen haben, ist unprofessionell lächerlich. Die vermeintlichen Wahlkampf-Duelle waren Duette. Grummelnde bis beißende Misstöne gehörten zum Spiel um Macht und Posten. In diesem Blatt haben wir das von Anfang an deutlich gesagt. Zwar schauspielerte Schröder noch ziemlich lange „Ich oder die“, Müntefering aber ließ keinen Zweifel daran, dass die SPD und die CDU längst in einem Brei aufgegangen sind. Des Generals Credo war unverblümt: „Opposition ist Mist“. Und wer in seinem Rücktritt vom Parteivorsitz verletzte Eitelkeit sah, der bestätigt nur, nichts von der neuen SPD verstanden zu haben. Schon gleich gar nicht von ihrem Paradigmenwechsel weg von einer Arbeiterpartei hin zu einer Partei mit Genossen von Bossen.

In Wahrheit war Müntes Rücktritt ein genau kalkulierter Schachzug gegen einen Rest Parteilinker, in diesem Fall von der ohnehin nicht sehr standhaften Frau Nahles vertreten. Sie kuschte – irgendwie planmäßig – sofort und beteuerte, „keine politischen Differenzen mit der Parteiführung“ zu haben. Na prima! Nun sind die Linken mit ihrem schlechten Gewissen, den guten alten Münte gestürzt zu haben, erst mal mundtot.

Das war die eigentliche Richtungsentscheidung. Nicht die zwischen CDU und SPD. Die bei der CDU angekommenen „Sozialdemokraten“ zeigten ihren letzten an Bebel und auch an Brandt glaubenden Hanseln, wo der Hammer hängt.

Die Reichen mit ihrem nunmehr kleinen Steuerbeitrag zahlen die Rechnung dieser unheiligen Allianz nicht. Die ganz Reichen sowieso nicht. • MAXI WARTELSTEINER

Aktionismus – wem nützt er?

Ganz plötzlich sollen in Leipzig-Grünau noch einmal 550 Wohnungen unterschiedlicher Größe abgerissen werden. In Häusern mit Aufzug wohlgemerkt. Ein Komfort, der künftig nicht nur für Grünauer selbst, sondern auch für die älter werdende Bevölkerung in der Stadt zunehmend wichtiger wird. Besonders radikal ist der „Rückbau“ in der Neuen Leipziger Straße geplant. Dort sind inzwischen viele Wohnungen nicht mehr belegt. Gibt es aber ein Konzept für den Umgang mit den jetzt zum Umzug Gezwungenen? Amtlich spricht man von „Zielwohnungen“, die möglichst weit der zum Abriss freigegebenen Wohnungen liegen sollen. Kann die LWB wirklich geeigneten Ersatz bieten? Oder will sie es sich leisten, massenhaft verunsicherte Mieter zu verlieren, so wie am Brühl in der Innenstadt?

Anders, aber nicht weniger verwirrend die Lage bei der Wohnungsgenossenschaft Leipzig e. G., die jetzt überraschend 2300 Wohnungen an den österreichischen Finanzinvestor Conwert verkaufte. Sicher, das spült Geld in die Kassen für die dringend notwendige Instandsetzung verbleibender Wohnungen. Dennoch wird man doch fragen dürfen, ob bei Verkäufen dieser Größenordnung die Vertreterversammlung in die Entscheidungsfindung einbezogen sein sollte und welche Rolle der Investor bereits in Österreich und Tschechien, in Berlin und Dresden spielt. Droht eventuell die Gefahr einer neuen Aubis-Pleite? Es sagt sich leicht dahin, für die Mieter ändere sich nichts. Wenn kein Reibach für den österreichischen Käufer zu machen ist, warum sollte er dann zuschlagen?

Und dann doch noch Jubel in Leipzig, weil der Freistaat ein bisschen umdachte. Er verspricht, Mittel für arg heruntergekommene Gründerzeithäuser, vorerst 20 an der Zahl, bereitzustellen. Doch auch weiterhin wird Stadtbau nach wie vor Abriss bedeuten, denn nur durch Verknappung des Angebots kann man den Wohnungsbesitzern allmählich wieder höhere Mieten garantieren. Bei den genannten 20 Häusern geht die Stadt erst einmal in Vorleistung. Dem Stadtbild wird es gut tun. Und in den Denkmalsobjekten wird es bestimmt moderne Aufzüge geben. Aber das nützt den meisten älteren Wohnungssuchenden nichts. Die dort fälligen Mieten sind gewiss nicht für sie gemacht. • S.W.

Marx an dieser Uni? Das wäre Irreführung!

Der Rektor der Universität Leipzig hat ein Problem: Mit Karl Marx an der vorderen Front ihres Hauses, so fürchtet er, könne die Universität sich international nicht entwickeln. Der soll weg! Der umstrittene Universitätsumbau bietet nun, so scheint es, die Gelegenheit, Marx irgendwo hinter der Moritzbastei ins Gebüsch zu schieben. Studenten sehen's etwas anders: Sie hätten Marx lieber im Innenhof. Aber da – so ist zu hören – würde die Statik nicht mitmachen. Am liebsten wäre es den Uni-Obernen, wenn wer aus der Stadtverwaltung für sie die Entscheidung trafe, denn Herr Daldrup hat im Umgang mit dem Denkmalschutz ohnehin kaum noch was zu verlieren, der könnte doch ... Sicher ist ein Teil der Stadt Leipzig tatsächlich unwiederbringlich verloren, wenn auch Lütke Daldrup dereinst anderswo Karriere macht. Aber Marx kommt man nicht bei, wenn man ein von Touristen mit andachtsvollem Grusel gefilmtes Denkmal mal eben so in die Ecke schiebt. Dass diese Uni nicht mehr seinen Namen trägt, ist nach allem, was geschehen ist, im Interesse des guten Namens dieses Mannes. Es ist nicht nur die Statik, die zu schwach ist ...

Aber alles das, was seither geschehen und künftig ausgeheckt wird, bestätigt die Herausforderung, die dieser Denker mit seinen Untersuchungen zur Entwicklung der politischen Ökonomie des Kapitals in der Welt gebracht hat. Man kann sich dem verweigern, kann das leugnen, ignorieren, schimpfen – wie auch immer: Wer sich nicht auf die Schultern dieses Mannes stellt, steht daneben und versteht nicht, was ihm und uns widerfährt. Die Art und Weise, in der die von der Bourgeoisie entlohnte Intelligenz mit Marx umging, war schon immer durch Ignoranz und schlechtes Gewissen geprägt. Marx jetzt an dieser Universität – das ist Irreführung. Deshalb ist es zwar höchst aufschlussreich, aber letzten Endes belanglos, wenn sein Denkmal versteckt wird. Das eigentlich Subversive dieses Mannes steckt in den intellektuellen und praktischen Herausforderungen, die auch und gerade dann zum Weiterdenken und -handeln provozieren, wenn sich wer von einer Ideologie verabschiedet, deren Ideen nie die seinen waren.

• KLAUS HESSE



„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern.“
Foto: Märker

Ob Leipzig oder Hamburg oder sonst eine deutsche Stadt, das Schema ist immer das gleiche. In Hamburg waren es Anfang November gleich zwei Großereignisse, die von der immer stärker werden sozialen Kälte der Hansestadt ablenken sollten. Folgerichtig jubelten mehrere zehntausend junge und alte Menschen der ersten Landung des Großraumflugzeuges A 380 auf dem Airbus-Gelände in Finkenwerder zu. Das andere Ereignis ist die Überholung des derzeit weltweit größten Musikdampfers „Queen Mary 2“, der ins größte europäische Trockendock „Elbe 17“ der Werft Blohm & Voss eingeschleppt wurde. Die beiden „Events“ kaschieren unzulänglich die soziale Situation

Hamburgs Probleme sind nicht wegzujubeln

in Hamburg. Durch den forcierten Ausbau der Hafencity hinter der Ende der 19. Jahrhunderts gebauten Speicherstadt fehlen der Stadt für soziale Aufgaben die nötigen Mittel. Dabei vergeht kaum ein Tag, an dem nicht neue und schreckliche Horrormeldungen über vernachlässigte Kinder in der Hansestadt in den Medien Schlagzeilen werden.

Ein besonders gravierender Fall: Der gesamte CDU-Senat wie die

Sozialsenatorin Birgit Schnieder-Jastram drücken sich noch immer um klare Entscheidungen in der Angelegenheit des sogenannten „Kinder-Knasts“. Das ist ein geschlossenes Heim, in dem aufsässige und kriminelle Schüler erzogen werden sollen, aber nur weggesperrt sind. Der ehemalige Amtsrichter Ronald Barnabas Schill, genannt „Richter Gnadenlos“, hatte das Kindergefängnis als Senator befördert. Nach den Neuwahlen war es zwar für Schill und seine Partei vorbei, aber das Problem „Kinder-Knast“ ist geblieben. Die in Hamburg allein regierende CDU will entgegen allen Bürgerprotesten, dass diese inzwischen erweiterte Einrichtung weiter besteht. • K.-H. WALLOCH

Gorbi mal wieder in Leipzig

Für Geld macht er alles, aber eben nur dafür: So gibt sich Michael Gorbatschow auch dafür her, am 29. November bei einer GALA in der Leipziger Media die schönsten Frauen der Welt zu küren. Otto Normalverbraucher hat da vor Ort nichts zu suchen. Obwohl er als GEZ-Gebührendzahler die ganze Chose finanziert. Warum muss der MDR neben der Bambi- und der Carreras-Gala diese Show auch noch stemmen? Die Carreras-Gala hat wenigstens ein soziales Anliegen ... Bei den Montagsdemos im Oktober 1989 riefen auch Leipziger Demonstranten nach dem Hoff-

nungsträger, der mit seiner Perestroika den Sozialismus reformieren wollte. Herausgekommen ist eine Katastroika und die Erkenntnis, wie man es keinesfalls machen sollte. Seit den 90er Jahren war Gorbatschow wiederholt in Leipzig. Aber wie gesagt, nur zu gut bezahlten Vorträgen oder um gut dotierte Honorare bei Preisvergaben abzufassen. Die Leipziger Stadtratsfraktion der Linkspartei.PDS will mit einem Antrag die Bildung von Kundenbeiräten bei städtischen Unternehmen unterstützen. Könnte nicht die Landtagsfraktion über einen solchen Beirat beim MDR nachdenken? Würde der Programmgestaltung gewiss gut tun ... • S. SCHLEGEL

● **LN: OBM Wolfgang Tiefensee hat sich im Vorfeld der Bundestagswahlen bei der Bundesregierung für die Unterstützung der Kommunen bedankt und das als einen Grund für deren Wiederwahl benannt. Der Stadtrat bereitet derzeit den Haushaltsplan für 2006 vor. Wie spiegelt sich jene Unterstützung in der finanziellen Lage der Stadt wider?**

Lothar Tippach: Wolfgang Tiefensee hat gemeinsam mit anderen SPD-Kommunalpolitikern einen diesbezüglichen Aufruf unterzeichnet. Das steht jedoch in Widerspruch zu seinen Aussagen über die Lage in seiner Heimatstadt. So forderte er mehrfach, Städte und Gemeinden durch eine Gemeindefinanzreform nachhaltig besserzustellen. Das betrifft auch die Probleme, die wir durch Hartz IV haben. Aus der Sicht des Haushaltsplanentwurfs für 2006 und der sich darin widerspiegelnden finanziellen Lage haben die Stadträte nur die Wahl zwischen Pest oder Cholera. Die strukturellen Probleme wie auch der erforderliche Abbau von Altfehlbeträgen in dreistelliger Millionenhöhe lassen sich nur mit gravierenden Einschnitten lösen. Das würde auch die Schließung von Häusern im Kulturbereich bedeuten, was jedoch kein ernst zu nehmender Kommunalpolitiker will. Das heißt: Wir brauchen nachhaltige Unterstützung von Bund und Freistaat.

● **Die Ursachen der Finanzmisere Leipzigs liegen demnach auf diesen Ebenen. Sind sie nicht zum Teil auch hausgemacht?**

Die Probleme liegen ursächlich beim Bund und beim Land. Über den City-Tunnel oder das Bildermuseum kann man trefflich streiten. Das ist ein Teil der hausgemachten Probleme. In erster Linie muss es um eine bundesweite Versteigerung der Einnahmeseite der kommunalen Haushalte gehen. Es muss das Kon-

nextitätsprinzip Anwendung finden, also der Grundsatz, nach dem derjenige, der bestellt, auch bezahlt.

● **Der Haushaltsplanentwurf für 2006 ist der erste, den die neue Kämmerin Bettina Kudla zu verantworten hat. Worin bestehen seine Besonderheiten? Es existieren keine Besonderheiten. Wie in den vergangenen Jahren gibt es be-**

LN-Gespräch mit Dr. Lothar Tippach, Vorsitzender der Stadtratsfraktion der Linkspartei.PDS

Pest oder Cholera?

trächtliche Defizite, weil die strukturellen Probleme sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben nicht beseitigt werden konnten. Neu sind die Belastungen durch Hartz IV. Die „neue Transparenz“, die jetzt nach den Aussagen von Bettina Kudla existiert, kann ich nicht erkennen. Diese Offenheit war auch unter Volker Auerhammer, der das Dezernat seit der Abwahl von Peter Kaminsky geführt hat, bei der Vorbereitung des Haushaltsplanes für 2005 gegeben. Wie im vergangenen Jahr ist auch dieser Entwurf schwer kalkulierbar, so z. B. bei den Kosten für die Hartz-IV-Betroffenen. Jedes Tausend mehr bei den Bedarfsgemeinschaften kostet z. B. ca. 2,2 Millionen Euro. Niemand weiß, wie viele es im Jahresdurchschnitt sein werden.

● **Mit Hartz IV sollten die Kommunen bundesweit doch um 2,5 Milliarden Euro entlastet werden.**

Auch für Leipzig kann keineswegs von einer Entlastung gesprochen werden. Im Gegenteil. Hier hatte man auf ein Nullsummenspiel gehofft, indem sich die Entlastungen durch die nunmehr von der

ARGE betreuten Sozialhilfeempfänger und die neuen Kosten für die Unterkunft die Waage halten. Man ging von 33 000 Bedarfsgemeinschaften aus. Jetzt sind es über 47 000. Für 2006 werden 44 000 unterstellt. Selbst wenn es der großen Koalition gelingen sollte, das restriktiv einzudämmen, scheint diese Annahme nicht sehr realistisch. Das hat Auswirkungen auf die Haushaltsdurchführung ver-

mutlich im zweistelligen Millionenbereich.

● **Der Haushaltsentwurf für 2006 ist wie der vergangene nicht ausgeglichen. Ohne ein durch den Stadtrat zu beschließendes Haushaltssicherungskonzept ist er nicht genehmigungsfähig. Sind die hier gemachten Annahmen, bis 2008 die strukturellen Defizite abgebaut zu haben, realistisch?**

Gegenüber dem Haushaltsplanentwurf ist das vorliegende mittelfristige Haushaltssicherungskonzept das entscheidendere. Zunächst deshalb, weil das Regierungspräsidium seine Genehmigung für den Haushaltsplan davon abhängig macht, wie die Rückführung des Defizits und der Abbau der Altfehlbeträge nach 2009 dargestellt werden können. Aus unserer Sicht ist das Konzept darüber hinaus stark erklärungsbedürftig. Deshalb haben wir an den Oberbürgermeister einen Fragenkatalog gesandt, von dessen Beantwortung die Haltung der Fraktion abhängig sein wird. Es geht um Fragen wie der avisierte Verkauf von Beteiligungen und Grundvermögen. Wir lehnen prinzipiell den Verkauf von Beteiligungen im Kern-

bereich der Daseinsvorsorge ab. Geplant sind Einsparungen von 6,6 Millionen bei den Kosten für Unterkunft, die durch verstärkte Anstrengungen bei der Beschäftigungsförderung erbracht werden sollen. Inhaltlich, organisatorisch und finanziell aber ist die Realisierung der dafür erforderlichen 1500 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen völlig offen.

● **Die Linksfraktion.PDS hat sich über ihre Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf verständigt. Wo liegen die Schwerpunkte?**

Es gibt da nur geringe Spielräume. Ein Schwerpunkt lautet: Sanierung vor Neubau. Wir möchten z. B. den weiteren Ausbau der B 6 West/B 87 verschieben. Ebenso den Ausbau eines Teilstücks der Karl-Tauchnitz-Straße nicht realisieren. Da reicht eine Sanierung. Die frei werdenden Mittel sollten den Schulen zu gute kommen. Denn da besteht erheblicher Nachholbedarf. Ein weiteres Stichwort: Die Vereinsförderung. Hier wurde erheblich bei Jugendhilfe, Kultur und den Bürgervereinen gespart. Viele sind in ihrer Existenz bedroht. Wir haben da Anträge zur Milderung der Kürzungen formuliert.

● **Wovon wird die Fraktion ihr Votum für den Haushaltsplanentwurf und das mittelfristige Haushaltssicherungskonzept abhängig machen?**

Auf jeden Fall wird mitentscheidend sein, welchen Erfolg unsere Änderungsanträge haben. Die Vereinsförderung wird dabei eine zentrale Rolle spielen, ebenso die Schulsanierung oder der „Grüne Bogen“ als wichtigstes Umweltprojekt. Beim Haushaltssicherungskonzept hängt unser Verhalten von der Schlüssigkeit der Antworten auf unsere Fragen ab. Jetzt ist das Verfahren noch offen, auch wenn wir an einem beschlossenen Etat im Interesse der Stadt sowie ihrer Bürgerinnen und Bürger großes Interesse haben.

Wie gut, dass es die LVZ gibt! In einem Kommentar vom 22. Oktober meinte sie, Händler und Bürgervereine wünschten von der Stadtverwaltung und vom Stadtrat, sich dafür einzusetzen, was den Bewohnern am Lindenauer Markt vorschwebt und was die Händler kürzlich auf dem Forum zum neuen Einkaufszentrum forderten. Genau das aber tut die Stadt seit Jahren! Bereits 1993 (!), nicht zuletzt initiiert durch einen Antrag der PDS-Fraktion für ein Stadtteilzentrenkonzept, erarbeitete sie zunächst ein Handelszentrenkonzept. Inzwischen aktualisiert und zum Stadtteilzentrenkonzept weiterentwickelt, skizziert es neben der Perspektive des Stadtzentrum auch die Entwicklung von Handelszentren an traditionellen und neuen Standorten unterschiedlicher Größe. Der Lindenauer Markt gehört als sogenanntes C-Zentrum von Anfang an dazu. In der Bundesrepublik war übrigens die Rolle der Innenstädte für Einkaufen und andere Funktionen erst ab Mitte der 90er Jahre wieder ein Thema. Aus hierzu veranstalteten Wettbewerben ging Leipzig auf Grund seines Vorlaufs wiederholt als Preisträger hervor. Im Zusammenhang mit der Er-

Zum Bau eines Einkaufszentrums braucht es Stadt und privaten Investor

Anmerkungen zum Neubau am Lindenauer Markt

neuerung des Lindenauer Marktes und der Kuhlturnstraße, im Rahmen der Olympiaplanungen wie auch bei der Rekonstruktion der Musikalischen Komödie und des Theaterhauses (Theater der Jungen Welt) fasste die Ratsversammlung wiederholt Beschlüsse zu Lindenau. Von Beginn an konnte sich der Planungsausschuss an diesem Stand-

ort keine – andernorts so „beliebte“ und zur Zeit noch in Mode befindlichen – „Malls“ (besser Einkaufshöhlen) vorstellen. Sie werden zunehmend zum Tod für innerstädtische Einkaufsstrassen und kleine Geschäfte. Prägend für den Lindenauer Markt sollten möglichst viele traditionelle Läden für Einkauf und Dienstleistungen sein. Ältere Leipziger

erinnern sich noch daran, dass beispielsweise Bewohner des Waldstraßenviertels früher immer überlegten, ob sie im Zentrum oder in Lindenau größere Einkäufe tätigen. Eine solche Anziehungskraft des Lindenauer Marktes wieder herbeizuführen erfordert Beharrungsvermögen und Geduld.

Es dürfte sich herumgesprochen haben, dass die Stadt in die städtische Infrastruktur investiert – in Schulen, Kinderkrippen und -gärten oder Kultureinrichtungen –, aber eben nicht in Einkaufszentren. Die Stadt mit ihrem Rat hat zwar zum Wohl der Bürger die Planungshoheit und entscheidet, was, wie viel und wie groß gebaut wird, doch es bedarf der privaten Projektentwickler und Investoren, die an gewünschter Stelle einen Bau verwirklichen.

Was das derzeit diskutierte Einkaufszentrum am Lindenauer Markt betrifft, so haben sich Ausschüsse des Stadtrates wiederholt mit diesem Vorhaben der Leipziger Dr. Kuhn-Entwick-

lungsgesellschaft beschäftigt und die Bürger mit einbezogen. Ein Vorstandsmitglied des Bürgervereins wirkte in der Jury zum Wettbewerb für die Fassadengestaltung mit. Nach Präsentation der Wettbewerbsergebnisse im Planungsausschuss wurde das Projekt des großen „Kaufland“-Einkaufsmarktes Händlern und Einwohnern vorgestellt, wie in Leipzig üblich. Nebenbei: 250 Stellplätze über dem Einkaufsmarkt sind „kein Wohlwollen“ der Stadt, sondern nach Sächsischer Bauordnung bei Neubauten dieser Größe vorgeschrieben.

Die Stadt will auf jeden Fall die beiden Altbau-Wohngebäude an der Ecke Kuhlturnstraße erhalten. Auf Wunsch des Investors sollten die Architekten alternative Entwürfe mit und ohne Einbeziehung dieser Gebäude erarbeiten. Der Vergleich der Entwürfe zeigt, dass der Erhalt der Altbauten und ihre Einordnung in das Vorhaben erst einen solchen massiven Neubau am Lindenauer Markt akzeptabel machen. Denn es sollte doch wohl so bleiben, dass Lindenau Zentrum hauptsächlich von Gründerzeit- und Historismusbauten geprägt ist.



Der preisgekrönte Entwurf von Weis & Volkmann aus Leipzig, der entgegen anderen Vorschlägen die Gründerzeithäuser Ecke Kuhlturnstraße einbezieht.

Am Montag, dem 1. März 1948, kurz nach 17 Uhr war die Sensation perfekt. Zum ersten Mal in der Geschichte einer deutschen Großstadt stand an der Spitze des Leipziger Stadtparlaments eine Frau. Auf der 5. (außerordentlichen) Plenarsitzung der Stadtverordneten zu Leipzig wurde die Lehrerin Liddy Pientka auf Vorschlag der SED-Fraktion zum Stadtverordnetenvorsteher gewählt.

Gewählt ja, wenn auch mit großen Vorbehalten, wie das Stimmenergebnis unzweifelhaft erkennen lässt. Sie wurde mit 39 Stimmen gegen 15 ungültige, 12 Nein-Stimmen und 10

Von **JUTTA SEIDEL**

Stimmenthaltungen in dieses so wichtige wie schwere Amt berufen.

Das knappe Wahlergebnis widerspiegelte sowohl die komplizierte politische Situation in der Stadtverordnetenversammlung, die noch von einer bürgerlichen Mehrheit geprägt war, aber auch die parteiübergreifenden Vorbehalte gegen eine Frau in einer so verantwortungsvollen städtischen Führungsposition. In ihrer Antrittsrede hob Liddy Pientka dann auch sofort hervor, dass es für eine Frau ein doppelt schweres Amt sein würde, zumal es viele Bedenken in- und außerhalb des Stadtparlamentes gäbe, das Geschick einer großen Stadt in die Hände einer Frau zu legen. Für sich selbst könne sie nur unterstreichen – die Autorität ist und bleibe das Parlament und sie fühle sich als seine Vertreterin. Zugleich verkündete sie ihr von Immanuel Kant abgewandeltes politisches Credo „Politik darf keinen Schritt tun, ohne vorher der Moral gehuldigt zu haben“ und verpflichtete sich, die ihr übertragenen Aufgaben und Geschäfte objektiv zu führen im Interesse und zum Besten der Bevölkerung dieser Stadt.

Fast fünf Jahre lang nahm sie in der ökonomisch wie politisch außerordentlich schwierigen Nachkriegszeit ihre großen Verpflichtungen wahr als, wie sie selbst sagte, „Stadtmutter von Leipzig“. Sie bereitete die Stadtverordnetenversammlung in interfraktionellen Beratungen vor, leitete die Tagungen des Stadtparlaments, griff in die heftigen Diskussionen ein, repräsentierte die Stadt bei öffentlichen Veranstaltungen, Kulturereignissen, bei den Frühjahrs- und Herbstmessen und politischen Aktionen. Doch im Zentrum ihres politischen Wirkens standen immer zwei Tätigkeitsfelder: ihr unermüdlicher Einsatz für die Erziehung und Bildung der Kinder und ihr steter Kampf für die Gleichstellung der Frau.

Woher kam diese beeindruckende Frau? Was bestimmte ihr Handeln? Was fühlte sie? Wohin ging ihr Weg?

Liddy Pientkas Entwicklung war zunächst durch ihr Elternhaus geprägt. Sie kam aus einfachen Verhältnissen. Ihr Vater Alfred Just, ein Sozialdemokrat Bebelcher Prägung, war Briefträger, ihre Mutter Emma – Landarbeiterin. Die Eltern arbeiteten dafür, dass ihre beiden Töchter eine gute Schulbildung erhielten. Von 1921-1926 konnte Liddy Pientka das Leipziger Lehrerinnenseminar besuchen und begann danach ihre pädagogische Laufbahn an Berufs- und Volksschulen

verschiedener sächsischer Orte. Zeitig engagierte sie sich politisch, zunächst seit 1924/25 in der sozialdemokratischen Kinderland-Bewegung, ab 1927 in der SAJ (Sozialistischen Arbeiterjugend). Als junge Lehrerin einer Plauener Volksschule trat sie bereits 1926 in die SPD ein und war von da an in kulturpolitischen Funktionen vor allem der sozialdemokratischen Kinder- und Jugendbewegung, später auch in der sozialdemokratischen Frauenarbeit aktiv. 1930 heiratete sie den Verwaltungsanwärter und sozialdemokratischen Jugendfunktionär Walther

stellte sich sofort der demokratischen Neugestaltung zur Verfügung und nahm ihre Arbeit als Lehrerin, bald schon als stellvertretende Schulleiterin der 22. Volksschule in Leipzig-Schönefeld auf und wurde als einzige Frau in den geschäftsführenden Ausschuss der Leipziger Lehrgewerkschaft entsandt. Sie trat wieder in die SPD ein, war aktiv in der sozialdemokratischen Frauenschule tätig und wurde bereits im Sommer 1945 von dem gerade durch die Militärkommandatur der SMAD eingesetzten Leipziger Oberbürgermeister Erich Zeig-

Mentor für Liddy Pientkas Werdegang. Er schätzte sie als humanistisch gebildete und sprachlich versierte Sozialistin, die gleich ihm politische Überzeugung mit Toleranz gegenüber Andersdenkenden zu verbinden verstand. Andererseits war Erich Zeigner für Liddy Pientka die Symbolfigur für ihren politischen Weg. So wie er vertrat sie ganz entschieden die Notwendigkeit des Zusammengehens und späteren Vereinigung von SPD und KPD, immer wieder unter Verweis auf die Erfahrungen, die sie selbst in den politischen Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD bzw. deren Jugendorganisationen am Ende der Weimarer Republik gesammelt hatte. Und noch etwas verband Erich Zeigner und Liddy Pientka, ihre gemeinsame Liebe zur klassischen Musik. Kein Wunder also, dass es zu freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Familien kam. Ihr warmerherziger Nachruf für Erich Zeigner auf der Trauersitzung der Stadtverordneten am 9. April 1949 widerspiegelt eindrucksvoll ihre enge persönliche wie politische Bindung an Erich Zeigner. Schließlich war auch ihre letzte öffentliche Äußerung ihrem großen Vorbild gewidmet, ihr Beitrag für Leipzigs Neue vom 11. Februar 1994 „Eine bemerkenswerte Persönlichkeit“ – Erinnerungen an Erich Zeigner.

Liddy Pientka (28. November 1905 – 30. 12. 1994)

Politik als moralische Angelegenheit

Zum 100. Geburtstag des ersten weiblichen Stadtverordnetenvorstehers von Leipzig



Pientka und war nach der Geburt ihres Sohnes Karl-Fred an Leipziger Volksschulen als Lehrervertreterin tätig. Mit den Brüningischen Notverordnungen verlor sie 1931 als sogenannte „Doppelverdienerin“ ihre Arbeit.

Der Machtantritt der Nazis brachte auch für die junge Familie einschneidende Veränderungen. Ihr Mann wurde von den Faschisten gemaßregelt, verlor seine Arbeit in der Leipziger Stadtverwaltung. Die Familie lebte zunächst von Fürsorgeunterstützung, später war Walther Pientka als Vertreter tätig. Ohne in einer der Leipziger Widerstandsgruppen direkt integriert zu sein, hielten beide die Verbindungen zu ihren sozialdemokratischen Jugendgenossen aufrecht. In den letzten Kriegsjahren konnte Liddy infolge akuten Lehrermangels wieder als Lehrerin, zuletzt an der 11. und 22. Leipziger Volksschule arbeiten.

Die Befreiung vom Faschismus im Mai 1945 eröffneten ihr ganz neue Lebensperspektiven. Sie

ner in den Zentralen Kommunalen Frauenausschuss berufen. Für die am 1. September 1946 stattfindenden Kommunalwahlen wurde Liddy Pientka – trotz des Widerstandes einiger männlicher Vertreter – auf Vorschlag von Max Schwimmer, dem bekannten Maler und Graphiker, als eine der Leipziger Lehrerkandidaten für die Stadtverordnetenwahl aufgestellt. Nach ihrer Wahl wurde sie als Vorsitzende des Kultur- und Schulausschusses benannt. Außerdem arbeitete sie zeitweise als Schriftführerin der SED-Fraktion und im Finanz- und Verwaltungsausschuss der Stadtverordneten mit. Als dann Anfang 1948 Funktionäre der Partei immer dringlicher forderten, den bisherigen Stadtverordnetenvorsteher Schönfeld wegen ungenügender Parteilichkeit und mangelnder Konsequenz gegenüber den bürgerlichen Kräften abzulösen, war es Erich Zeigner, der den Vorschlag unterbreitete, Liddy Pientka mit der Aufgabe der Stadtverordnetenvorsteherin zu betrauen.

Erich Zeigner wurde zum maßgeblichen

Als im Sommer 1952 im Zuge der Veränderungen des Staatsaufbaus der DDR die Länder verschwanden und die Bezirke begründet wurden, kam Liddy Pientkas Berufung als stellvertretende Ratsvorsitzende, verantwortlich für den Arbeitsbereich Volksbildung, Kultur, Körperkultur und Sport. Nur relativ kurze Zeit war sie in dieser zentralen Position tätig, denn schon im Sommer 1954 bat sie um Entbindung von dieser Funktion. Als Grund dafür gab sie offiziell ihren schlechten Gesundheitszustand an, der es ihr unmöglich mache, den hohen physischen Anforderungen der ständigen operativen Einsätze gerecht zu werden. Die Ursachen lagen noch auf einer anderen Ebene. Einmal war es die veränderte Arbeitsatmosphäre im Rat unter der Regentschaft von Karl Adolphs, zum anderen gab es persönliche Probleme, die wohl auch daraus resultierten, dass ihr Mann aus der Leipziger Stadtverwaltung wegen Differenzen in der Personalpolitik ausscheiden musste, nicht zuletzt gehörten dazu die innerparteilichen Auseinandersetzungen nach dem 17. Juni 1953, die oftmals in dem Vorwurf des „Sozialdemokratismus“ gipfelten. Alles das ging an Liddy Pientka sicher nicht spurlos vorbei. Ihre Verabschiedung durch den Rat des Bezirkes erfolgte angesichts ihrer langjährigen gesellschaftlichen Arbeit ausgesprochen kühl.

Liddy Pientka wollte sich wieder ihrer eigentlichen Berufung, der pädagogischen Arbeit, zuwenden. Sie entschloss sich zu einer Bewerbung an der Leipziger Hochschule für Musik als Lehrkraft im marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium. Hier hoffte sie, immer in Kontakt mit der heißgeliebten Musik, jungen Musikstudenten etwas von ihrer lebenslangen politischen Erfahrung vermitteln zu können. Den neuen Aufgaben widmete sie sich bis 1966 mit hohem persönlichen Einsatz, den die Hochschule für Musik 1969 mit der Berufung als Ehrensenatorin würdigte. Dass ihr dieser Titel nach der Wende 1989/90 aberkannt wurde, hat sie gewiss getroffen, aber in ihrer politischen Überzeugung nicht erschüttert.



Nachdenkliches zum 9. November

LN. Äußerst vielschichtig waren die Ereignisse, die jeweils am einem 9. November stattfanden. Vor allem der 9. November 1938 aber grub sich in in beiden deutschen Staaten der Nachkriegszeit als ein Symbol der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Ausrottungspolitik tief in das kollektive Gedächtnis in Ost und West ein.

An diese unverrückbare Tatsache anknüpfend, setzte sich PDS-Landtagsabgeordneter Dr. Volker Külöw im sächsischen Landtag mit CDU und SPD auseinander, die den 9. November als „Tag der Freiheit“ apostrophierten.

Er erinnerte zugleich an den 9. November 1848, an dem der linksliberale Abgeordnete der Frankfurter Nationalversammlung und Mitbegründer des demokratischen Vaterlandsvereins in Sachsen Robert Blum von den Truppen der Konterrevolution in Wien erschossen wurde. Nicht zuletzt, weil Blum die „gerechtere Verteilung der Güter der Erde, nicht durch Gewalt, sondern durch friedliche Ausgleichung; Beschränkung der unheilvollen Übermacht des Geldes; genügender und entsprechender Lohn der Arbeit und des Verdienstes; Erhebung der sogenannten unteren Klassen zu gleichem Menschenrecht und gleichem staatlichen Rechte“ eingefordert hatte. – Ein Credo, das bis heute nicht erfüllt wurde. Kein Anlass, so Külöw, zu geschichtspolitischen Sonntagsreden jedweder Art.

In Ex-Ministers Rößlers gefährlich rechtslastigem Papier schlägt die

Stunde der „Patrioten“

Wer würde auf eine entsprechende Frage schon antworten, er sei kein Patriot. Wir sind erstens alle Patrioten und zweitens sind Patrioten überall, denn das wichtigste Kriterium für einen solchen Menschen ist, dass er für sein Vaterland eintritt. Dies geschieht allerdings auf mannigfaltige Weise und mit verschiedenen Zielen, die sich auf unterschiedliche gesellschaftspolitische Überzeugungen gründen. Es sind also Attribute notwendig, um die vielen Patrioten unterscheiden zu können. Glaubt man den umfangreichen aktuellen Analysen über Patriotismus, so muss grundsätzlich unterschieden werden zwischen dem progressiven Patrioten, der die bestehenden Verhältnisse seines Vaterlandes verbessern will, und dem konservativen Patrioten, der dem bestehenden Regime wohlgesonnen ist und dessen Politik unterstützt.

Um den letzteren handelt es sich beim Staatsminister a. D. und sächsischen Landtagsabgeordneten der CDU Dr. Matthias Rößler, der früher insbesondere als Schulpolitiker Aufsehen erregt hat, weil er als ungelerner Pädagoge im sächsischen Bildungswesen einiges anrichtete. Rößler meldete sich im Juni 2005 angesichts des anhaltenden Widerstandes gegen die Reformpo-

litik der CDU und der Abkehr vieler früherer Wähler von der Partei aus seinem unfreiwilligen parteipolitischen „Exil“ in Meißen mit einem Patriotismuspapier zu Wort, das auf dem Landesparteitag der CDU am 5. November 2005 zum Beschluss erhoben wurde und ihm den inoffiziellen Beinamen „Patriotismusbeauftragter“ eintrug.

Ob der selbsternannte sächsische Patriot damit nicht nur in die Schlagzeilen gekommen ist, sondern auch wieder für höhere Aufgaben zur Diskussion steht – Kohl wird im Dokument ausdrücklich zum Patrioten ernannt –, ist allerdings sehr ungewiss, denn viele seiner Thesen stießen bis in seine eigene Partei hinein auf Widerspruch.

Der – obwohl keine Wahlen drohen – teilweise sehr polemisch gehaltene Text provoziert mit seiner wiederholten Hervorhebung eines notwendigen Nationalstolzes den Vorwurf der nationalen Überheblichkeit, auch wenn das Gegenteil behauptet wird. Formulierungen wie „Schicksalsgemeinschaft der Nation“, „positive nationale Wallungen“, „emotionale Hingabe“, „Momente kollektiver emotionaler Erhebung“ und „opferwillige Diener am Gemeinwohl“ haben selbst bei dem sonst fügsamen Koalitionspartner

SPD zu Protesten geführt. Auch der Vorschlag, das „Lied der Deutschen“ in den Lehrplan der Grundschulen aufzunehmen und es bei öffentlichen Veranstaltungen singen zu lassen, musste im Landtag, begleitet vom Bedauern der NPD, zurückgezogen werden. Beim Lesen des Pamphlets wird man generell den Eindruck nicht los, dass durch allerlei Maßnahmen patriotische Gefühle erzeugt werden sollen, die den Blick auf die Wirklichkeit vernebeln helfen und unkritisches Herangehen an die Politik der Herrschenden begünstigen.

Den Linken, die im Dokument des „negativen Nationalismus“ bezichtigt werden, spricht Rößler erwartungsgemäß patriotische Haltungen ab, obwohl gerade die Linkspartei mit ihrem Eintritt für soziale Gerechtigkeit und gegen Abbau des Sozialstaates seiner Forderung nach Sorge für das Gemeinwohl und Dienst am Gemeinwesen als Bezugspunkt des erneuerten Patriotismus sehr konkret nachkommt.

So wird die Absicht Rößlers, das Profil seiner Partei in Sachsen als einer auch zutiefst patriotischen Volkspartei zu schärfen, vorerst wohl noch kein Erfolg beschieden sein, obwohl er damit im CDU-Bundestrend liegt.

• MANFRED BOLS

SPD wurde zur „Blockpartei“

LN. In einer gemeinsamen Presseerklärung feiern die sächsischen Koalitionspartner CDU und SPD den am 8. November vor einem Jahr geschlossenen Regierungsvertrag. Es sei grundsätzlich gelungen, Konflikte rechtzeitig zu erkennen und auf sachgerechte und kollegiale Art zu lösen. PDS-Fraktionschef Peter Porsch dagegen spricht von einer Unterwerfung der SPD, die alle „bisherige und von ihr in der Opposition noch bekämpfte Politik“ lobe. Die Fortsetzung der Schulschließungen und der immer noch fehlende Anspruch auf ganztägige Kinderbetreuung für alle, seien Beispiele, wie die bisherige „Staatspartei“ CDU die SPD zur „Blockpartei“ umfunktionieren konnte. Die Lösung großer Probleme, wie der Verwaltungsreform, sei nicht in Sicht.

Hartz-IV-Folgen

LN. Reinhold Ostendorf, Verbandsdirektor der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Sachsen, machte auf eine Reihe erschreckender Begleiterscheinungen des Hartz-IV-Gesetzes aufmerksam. So seien die Mietschulden um mindestens zehn Prozent gewachsen; bis August wurde 1400 Haushalte die Wohnung gekündigt; in 275 Fällen sei bei Gericht Räumungsklage eingereicht worden.

Aus für Margonwasser

LN. Der neue Besitzer von Margon, die Hassia-Gruppe, versuchte nach der im Juli erfolgten Übernahme der traditionsreichen Firma nicht einmal ansatzweise, den Standort im Müglitztal zu erhalten. Vielmehr ging es lediglich darum, einen unliebsamen Konkurrenten für das Produkt Lichtenauer auszuschalten.



Leipzigs Situation: grau

Ein leichter Herbstaufschwung in Deutschland hat auch die Lage in Sachsen vorübergehend etwas entspannt. Gegenüber dem Vormonat gibt es 13 621 Arbeitslose weniger, gegenüber dem Oktober 2004 sind es 8809. Die aktuelle Arbeitslosenzahl: 365 455.

Auch in der Arbeitsagentur und im Regierungsbezirk Leipzig sind die Zahlen zum September leicht rückläufig, jedoch zum Vorjahr um 6,5 bzw 4,2 Prozent gestiegen.

Beim Umgang mit den veröffentlichten Zahlen ist allerdings Vorsicht geboten. Experten gehen wegen unklarer Erfassungsmethoden von 50 Prozent (!) mehr Problemfällen aus. Wie kritisch sich allein in Leipzig die Arbeitslosigkeit ausgewählter Personengruppen zum vergangenen Jahr erhöhte, zeigen folgende Beispiele: Arbeiter plus 8,4 %; ab 55 Jahre plus 15,3 %; Schwerbehinderte plus 16 %; unter 25 Jahren plus 20,8 %; Ausländer plus 40,8 %; Jugendliche unter 20 Jahren plus 42,8 Prozent.

Die Wirtschaftskammern und die Regionaldirektion Sachsen bilanzierten: Von insgesamt 138 117 Jugendlichen suchten 54 463 Hilfe und waren bis auf 2195 Fälle erfolgreich. Die Zahl der betrieblichen Lehrstellen bei den IHK sank um knapp 3 % auf 12 103 und im Handwerk sogar um 10,9 % auf 5891 – was die verschlechterte wirtschaftliche Lage reflektiert. Die Nachvermittlung ist angelaufen. Es besteht ein gewisser Optimismus, dass jeder Ausbildungssuchende ein Angebot für Ausbildung, Qualifizierung oder Praktikum erhalten wird. Für die Zeit danach gibt es keine Garantien.

Wegen des Geburtenrückgangs könne sich, so heißt es, die Situation in drei bis fünf Jahren verbessern. • J. SPITZNER

1. November

Dresden. Sachsens jährlicher Kohlendioxid-Ausstoß stieg von 1998 bis 2003 um mehr als zehn Millionen auf 51 Millionen Tonnen. Wie Umweltminister Tillich mitteilt, sank der jährliche Ausstoß ohne Kohlekraftwerke auf 18,3 Millionen Tonnen, doch erhöhte sich die Gesamtemission infolge Stromexport der Werke Boxberg und Lippendorf dramatisch.

Machern. Der Gemeinderat steigert ab 2006 die Grundsteuer für Hausbesitzer um 26 Prozent auf Hebesatz 540 – einen der höchsten Sätze in Sachsen. Machern hat rund 30 Millionen Euro Schulden.

2. November

Dresden. Der Verband Sächsischer Genossenschaften kündigt an, künftig jeweils am ersten Juliwochenende den „Tag der Genossenschaften“ zu begehen. 2004 verzeichnete der Verband elf Neugründungen – vom Solardachhersteller über einen Bauernmarkt bis zu einer Chemnitzer Stadtteilgenossenschaft.

SACHSEN-CHRONIK

1. bis 14. November

3. November

Leipzig. Etwa 1000 Telekom-Mitarbeiter protestieren auf einer Betriebsversammlung gegen Abbaupläne des Vorstands.

4. November

Pirna. Die „Aktion Zivilcourage“ erhält den Julius-Rumpf-Preis 2005, benannt nach einem führenden Mitglied der Bekennenden Kirche in der NS-Zeit. Die Martin-Niemöller-Stiftung würdigt damit die Auseinandersetzung der Pirnaer Bürgerinitiative mit dem Neonazismus.

5. November

Schwarzenberg. Mit 76,9 Prozent der Stimmen – 13 Prozent weniger als vor zwei Jahren – bestätigt der CDU-Landespartei-

tag Georg Milbradt im Amt des Parteivorsitzenden. Eine große Mehrheit befürwortet die Thesen „Deutscher Patriotismus im vereinigten Europa“ (siehe oben).

7. November

Dresden. Verdorbenes Geflügelfleisch aus Niedersachsen gelangte über einen Großhändler auch nach Sachsen und wurde weiterverarbeitet, gibt das sächsische Gesundheitsministerium bekannt.

Dresden. Der Landtagsantrag der CDU „Vermittlung von Kenntnissen über die deutsche Nationalhymne an sächsischen Schulen“ scheidet am Veto der SPD.

9. November

Leipzig. Der vom Vorwurf der Untreue

freigesprochene ehemalige Olympia-Manager Dirk Thärichen klagt gegen die Bewerbungs-GmbH und Bundesinnenminister Schily.

10. November

Bautzen. Die Direktorin der Mittelschule Lohmen (Sächsische Schweiz) darf wieder als Schulleiterin arbeiten, entscheidet das Oberverwaltungsgericht Bautzen. Das Regionalschulamt hatte sie wegen Teilnahme an einer Demonstration gegen die Schließung ihrer Schule abberufen.

11. November

Leipzig. 77 Prozent von 1300 befragten Jugendlichen Sachsens sind mit dem politischen System „weniger zufrieden“ oder „unzufrieden“, informiert Sozialwissenschaftler Dr. Peter Förster.

14. November

Dresden. Ein wegen Drogendelikten gesuchter 29-jähriger Altenburger wurde verhaftet, seine Waffen-, Sprengstoff- und Diebesgutlager im Raum Altenburg-Leipzig sind ausgehoben, teilt die Polizei mit.

Als mit der Planung dieser Jubiläumsveranstaltung begonnen wurde, war nicht abzusehen, dass diese Konferenz – durchgeführt von der AG Betrieb & Gewerkschaft der Linkspartei. PDS im 14. Jahr ihres Bestehens – der erste größere öffentliche Auftritt der mit 8,7 Prozent in den Bundestag gewählten Partei war. Entsprechend groß war das Interesse an der mit 250 Teilnehmern gut besuchten Konferenz in Rüsselsheim – dem Schauplatz just vergangener Opel-Kämpfe, deren Nachwehen auch in manchen Diskussionen auf dieser Konferenz noch zu verspüren waren.



Es ziehen Wolken auf ...

Gescheiterte Politik durch sozialen Druck retten?

In seiner Eröffnung und Begrüßung unterstrich Gerald Kemski, einer der Bundessprecher der AG, dass es gerade die Gewerkschafter in der Linkspartei seien, die beim Prozess des Zusammengehens von PDS und WASG eine vorwärtstreibende Rolle spielten. Harald Werner, Gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linkspartei, beleuchtete die Geschichte des Neoliberalismus im Nachkriegsdeutschland und verwies darauf, dass mit dem Mitte der siebziger Jahre neu einsetzenden Krisentyp das Ende der „Ära des fordistischen Sozialstaatskompromisses“ besiegelt war. Nicht durch Partizipation und Kompromiss, sondern durch Globalisierung und Sozialabbau sollten die Verwertungsbedingungen des Exportlandes BRD verbessert werden; der Neoliberalismus (in einer gegenüber Thatcher und Reagan abgemilderten Form) wurde zum vorherrschenden Politiktyp in der BRD, wobei die von der BRD-Regierung forcierte Einführung des Euro und die Maastricht-Agenda zu einer beschleunigten Senkung des Lohnniveaus bzw. der Lohnquote in der BRD entscheidend beitrugen. Dennoch sei diese Politik gescheitert, die Wachstumskrise nicht überwunden. Hartz IV und Agenda 2010 seien nichts anderes als der untaugliche Versuch, diese gescheiterte Politik mit den Mitteln des Zwangs und des sozialen Drucks zu retten. Darauf hätten bei der Bundestagswahl sowohl Schröder als auch Merkel die passende Quittung erhalten. Abschließend gab Harald Werner die Anregung, die Versuche des globalen und europäischen Niederkonkurrierens (Osteuropa!) mit solchen europäischen Beispielen zu kon-

Gewerkschaften in der Erpressungsspirale

Europäische Perspektiven für die Erneuerung
gewerkschaftlicher Gegenmacht

Nachtrag zur 10. Gewerkschaftspolitischen Konferenz
in Rüsselsheim am 28. und 29. Oktober 2005

tern, die den sozialen und gewerkschaftlichen Kämpfen neuen Aufschwung verleihen könnten: die 35-Stunden-Woche in Frankreich, der Flächentarif in Österreich, die Errungenschaften der Arbeitslosenversicherung in Dänemark usw.!

Höhepunkt der neoliberalen Herrschaft überschritten

In seinem äußerst spannenden Referat entwickelte Politikwissenschaftler Prof. Frank Deppe Überlegungen zum zyklischen Charakter und Verlauf des politischen Prozesses im Nachkriegsdeutschland und Europa. So sei etwa seit Mitte der neunziger Jahre der Höhepunkt der neoliberalen Herrschaft überschritten, und mit dem Anschwellen von Konflikten und Streiks sei auch in der sozialwissenschaftlichen Literatur ein neues Interesse an der Arbeiterbewegung erwacht.

Dies bedeute aber nicht, dass der gewerkschaftliche Organisationsgrad in den europäischen Ländern durchweg angestiegen sei, im Gegenteil. Einzig im öffentlichen Dienst sei ein Ansteigen festzustellen. Das habe zweifellos seine Ursache darin, dass gerade der gewerkschaftliche Organisationsgrad zu einem entscheidenden Operationsfeld neoliberaler Privatisierung, Flexibilisierung und Kommodifizierung geworden sei. Mit dem Entstehen einer „neuen europäischen Ökonomie“ entstände gleichzeitig auch ein neuer Typ von Politik („soft politics“), der stärker auf den „stummen Zwang der (Markt- und Konkurrenz-)Verhältnisse“ setze als auf bürokratisch-administratives Handeln, was am Beispiel des sogenannten „Bologna-Prozesses“ deutlich werde (europäischer Anpassungsdruck auf Universitäten durch Bachelor- und Master-

Abschlüsse). Der Staat, so Deppe, ziehe sich nicht zurück, sondern verändere seine Rolle, vor allem durch den Ausbau seiner Repressivfunktion als Reaktion auf die (neuen) Verwerfungen eines enthemmten und seiner sozialstaatlichen Zügelung immer mehr entledigten Kapitalismus.

Was geschieht mit Europas Gewerkschaften?

Frank Deppe sieht 1. eine verstärkte Anpassung ehemals kämpferischer Gewerkschaften (wie der CGT), 2. eine stärkere Verbetrieblichung gewerkschaftlicher Arbeit und 3. eine zunehmende Entfremdung zwischen den (Arbeiter-)Parteien und Gewerkschaften. In Italien seien die großen „Bastionen des Norden“ wie Fiat fast vollständig geschliffen, die Mitgliederbasis in den Großbetrieben gehe merklich zurück. Andererseits wachse die Mitgliederbasis in Bereichen, bei denen man das kaum für möglich gehalten habe: bei (Schein-)Selbständigen, prekär Beschäftigten und in kleinen Betrieben. In England hätten sich unter Blair interessante politische Entwicklungen vollzogen. Linke Führungen konnten sich durchsetzen, und wachsende Auseinandersetzungen haben den englischen Gewerkschaften einen Zuwachs von 600 000 neuen Mitgliedern verschafft. Belgien stand still beim Generalstreik gegen die Rentenpläne der Regierung, in Holland sind über 400 000 gegen die neoliberale Politik in Bewegung gekommen.

Also: ein Ansteigen der Kampfbereitschaft bei stagnierender bzw. sinkender gewerkschaftlicher Mitgliederbasis.

Was also Not tue, sei eine stärkere Koordinierung europäischer Sozial- und Gewerkschaftsbewegungen und, bei Berücksichtigung jeweils unterschiedlicher Bedingungen, ein stärkeres Zusammengehen im Kampf gegen den Sozialabbau, gegen die Massenarbeitslosigkeit und die neoliberale Steuerpolitik.

Ganz im Gegensatz zu Hubertus Schmoltdt (Schröder-Intimus und Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie und Energie – LN), der in der Linkspartei eine „Gefährdung der Einheitsgewerkschaft“ sehe, definiere er, Frank Deppe, die politische Rolle der Linkspartei als eine „Scharnierfunktion“ zwischen Arbeiterbewegung und Intelligenz und zwischen der außerparlamentarischen Bewegung und dem parlamentarischen Agieren.

Den in der Fraktion vertretenen GewerkschafterInnen komme hierbei eine große Bedeutung zu.

• HARTMUT OBENS,
HAMBURG

Auf zahlreichen Bahnhöfen in den Niederlanden stechen den Reisenden derzeit zwei außergewöhnliche Plakate ins Auge: „Vroeger Vertrok Hier De Trein Naar Auschwitz – Wanneer Wordt De Wereld Wijzer?“ (Von hier aus führen früher die Züge nach Auschwitz – wann wird die Welt weiser?), ist auf einem der beiden Poster zu lesen. Der Centraal Joods Overleg, eine Dachorganisation von sieben jüdischen Organisationen in den Niederlanden, hat das 60. Jahr seit der Befreiung der Insassen der Konzentrationslager der Nazis zum Anlass genommen, die Judentransportationen in Erinnerung zu rufen. Die Plakatkam-

Wann wird die Welt weiser?

Niederländische Bahn erinnert an Judentransportationen

pagne erstreckt sich gegenwärtig auf 66 Bahnhöfe. Den Initiatoren geht es einerseits darum, die Gefahr eines wachsenden Antisemitismus in Europa ins Bewusstsein der Reisenden zu rufen. Gleichzeitig stehe aber auch die Shoah selbst im Mittelpunkt der Kampagne, weil es in gewissen Schulen immer schwieriger werde, die Judenvernichtung zu thematisieren. Vor Jahrzehnten hatten in dem damals relativ armen Quartier viele Juden gelebt, weshalb der Bahnhof von den Nazis für die Deportationen in die

Durchgangs- und Vernichtungslager gebraucht wurde. 11 000 Amsterdamer Juden wurden allein von dieser Station aus abtransportiert. Direktionspräsident Aad Veenman entschuldigte sich an der Eröffnungszeremonie auf dem Bahnhof bei der jüdischen Gemeinschaft für das Verhalten der Niederländischen Bahn während des Zweiten Weltkriegs. Sie transportierte nach Schätzungen mehr als 100 000 Juden in die Vernichtungslager.

• HEINZ BURGER

Eklat in der Wiener Staatsoper

Der Wiener Staatsoperndirektor, Ioan Holender, sorgte nach einem glanzvollen mehrstündigen Festkonzert zum 50. Jahrestag der Wiedereröffnung der Wiener Staatsoper am 5. November 1955 für einen Eklat. Er sprach von einem „gleitenden Übergang“ von der NS-Herrschaft zu Österreichs Zweiter Republik. Er erinnerte unter anderem daran, dass Karl Böhm, der letzte von den Nationalsozialisten eingesetzte Direktor des Hauses, der die „Arisierung“ des Ensembles mit regimiekonformer Konsequenz durchgeführt hatte, zugleich der erste Direktor der wiedereröffneten Staatsoper der Zweiten Republik gewesen sei.

Holender rief zum Gedenken an jene 30 Mitglieder des Ensembles auf, die

1938 wegen ihrer religiösen Herkunft oder ihrer politischen Überzeugung die Staatsoper verlassen und ins Ausland fliehen mussten. Die emigrierten Künstler seien dann in der Zweiten Republik zwar bisweilen zu symbolischen Anlässen eingeladen worden, aber Posten, die ihren Fähigkeiten entsprochen hätten, wurden ihnen nicht angeboten. Das heißt, die Ausgegrenzten und Verfolgten seien auch in der Nachkriegszeit übergangen worden.

DAS GALAPUBLIKUM IN DER STAATSOPER MIT SPITZEN VON STAAT UND GESELLSCHAFT ZEIGTE WENIG BEGEISTERUNG, VOM OPERNDIREKTOR MIT ALL DIESEN UNANGENEHMEN FAKTEN KONFRONTIERT ZU

Der Regent

26. April 1998: Oberbürgermeister der Stadt Leipzig

Im Jahre 1994 fehlt Tiefensee immer noch der Stallgeruch einer der großen Parteien. Hinzu kommt, dass er nicht nur „Herz-Bube“ von Oberbürgermeister Lehmann-Grube ist, sondern längst auch dem sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf als politische Begabung auffiel. Beider katholische Konfession gilt als zusätzlicher wechselseitiger Sympathie-Verstärker im ehemals protestantischen Sachsen, wo in der Gegenwart verbreitete Konfessionslosigkeit herrscht. Um das Phänomen auf die Spitze zu treiben, ist es einer politischen Karriere in Sachsen seit 1990 besonders dienlich, überzeugter Katholik zu sein.

Wolfgang Tiefensee erzählt gern die Begebenheit, als er 1994 – gerade erst auch für den Sport in Leipzig zuständig geworden – dem Präsidenten des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), Egidius Braun, das baufällige Leipziger Zentralstadion zeigte und der hohe Sportfunktionär nicht nur erschüttert über den Zustand des Bauwerks war, sondern auch noch an den Menschen im Osten zu zweifeln begann, die derlei geschehen ließen. Tiefensee rettete die Situation auf der Fahrt zum nächsten offiziellen Termin nur dadurch, dass er Braun die am Wege liegende Probsteikirche, seine Gemeindekirche, zeigte. Die beiden tief religiösen Katholiken Tiefensee und Braun sollen bei dieser Gelegenheit einander so nahe gekommen sein, dass die Sympathie ausreichte, sogar den Umbau des Leipziger Zentralstadions anzuschieben.

Den Beitritt zu einer Partei bleibt Tiefensee lange schuldig. Formale Logik allein taugt als Erklärungsmuster der Umstände des fälligen Karriereschritts nicht. Es hätte die CDU werden können, doch der christdemokratische Fischzug misslingt. Tiefensee entsagt der CDU, wofür Biedenkopf seinen Fußtruppen, die Führung mit dem Aspiranten auf den Sessel des Leipziger Oberbürgermeisters aufnehmen sollten, kräftig die Leviten liest, wie aus den politischen Zirkeln des Ministerpräsidenten kolportiert wird. Lehmann-Grube hat einfach häufiger Gelegenheit, Tiefensee unter vier Augen zu bearbeiten und ihm die Konsequenzen eines weiteren Zögerns auszumalen.

Mit dem Eintritt in die SPD, die Partei seines politischen Ziehvaters Lehmann-Grube, fügt Tiefensee schließlich Anfang des Jahres 1995 den erforderlichen Auswahlkriterien für seinen Weg an die Macht ein wesentliches hinzu. Fortan kann er auch auf Parteistrukturen setzen, die ihm bei der Organisation seiner Hausmacht behilflich sind. (...)

Im zweiten Wahlgang – dafür ist die einfache Mehrheit ausreichend – wählen die Leipziger Wolfgang Tiefensee am 26. April 1998 für sieben Jahre zu ihrem neuen Oberbürgermeister. Er tritt das Amt offiziell am 1. Juli 1998 an. Der Schuldezernent ist zum bürgerlichen Regenten einer komplizierten Verwaltung in der zweitgrößten ostdeutschen Stadt aufgestiegen. Es kann kaum sein banaler Wahlkampf-Slogan „Wir Leipziger schaffen das“ gewesen sein, der die Messestädter für ihren neuen Oberbürgermeister eingenommen hat. Vielmehr gerieten sie in den Bann der professionellen Nachfolgeregelung, die der Amtsvorgänger diskret-akribisch und genauso transparent betrieb, wie es im politischen Geschäft überhaupt realistisch ist. (...)

Ein strahlender 43-Jähriger wird neuer „erster Bürger dieser Stadt“. Noch steht er ein bisschen im langen kommunalpolitischen Schatten seines beliebten Vorgängers Hinrich Lehmann-Grube. Indes, unsicher ist er nicht. Seine Körpersprache wirkt wie gut choreografiert, ohne einstudierte Mätzchen. An der Gewandtheit des Auftretens ist sofort zu erkennen, dass ein politisches Talent an der Macht Gefallen gefunden hat und sie mit überwältigendem Charme einzusetzen gedenkt. Systematisch hat der neue Mann auf sein Karriereziel Oberbürgermeister hingearbeitet. Aus seinem privaten Bereich erfahren die Leipziger nur wenig. (...)

Wolfgang Tiefensees Politikstil ist nach außen von der regelrechten Sucht auf den schlaglichtartigen öffentlichen Auftritt mit magnetischer Hinwendung zu den

Die psychologische Wirkung eines solchen Deutungsmusters der Aufgabenfülle schließt ein, Skeptiker ohne Umschweife mit dem Bannstrahl der Wehleidigkeit oder der Verzagtheit zu belegen. Um so heller kann das Bild von Wolfgang Tiefensee als dem Tausendsassa auf dem Stuhl des Leipziger Oberbürgermeisters strahlen.

Der Leuchttürmer

18. Juli 2001: BMW kommt nach Leipzig

Manchmal ist es ein sonniger Ferientag, der eine Stadt und darüber hinaus eine ganze Region umkrepeln kann. Am 18. Juli 2001 macht Familie Tiefensee Urlaub in Südfrankreich. (...)

Gleichwohl ist es nicht die reine Er-

der öffentlichen Wahrnehmung erscheint Wolfgang Tiefensee. Er pflegt einen spielerischen Umgang mit dem unstillbaren Drang vieler Medien, Erfolgsgeschichten zu schreiben und Siegertypen zu porträtieren. Dieses umstrittene, einseitige Deutungsmuster kann auf Dauer nicht funktionieren; es liefert Opponenten des unbestritten erfolgreichen Oberbürgermeisters reichlich Munition.

Tiefensees grenzenlos scheinendes Talent zur Selbstinszenierung enttäuscht viele Entscheidergremien, die rationaler handeln, aber durch ihr systematisches und verlässliches Wirken erst die Erfolge ermöglichen, in deren hellem Schein sich der Oberbürgermeister sonnt, als sei es die natürlichste Sache der Welt. Mit Unverständnis reagiert Tiefensee auf Vorhaltungen, es sei falsch, immer nur am monumentalen Selbstbildnis zu arbeiten. Er kontert: „Erfolgreiche Industrie-Ansiedlung ist Teamarbeit“ und behauptet, sich konsequent an das Prinzip zu halten, immer zuerst die Mitarbeiter zu loben. Nur auf diese Weise seien sie weiterhin zu Höchstleistungen zu motivieren. (...)

Im Unterschied zu seinem Amtsvorgänger eilt Oberbürgermeister Tiefensee unentwegt über so viele „Baustellen“, dass Krisen schnell ein zerstörerisches Eigenleben entfalten können, weil Symptome spät überblickt, häufig unterschätzt oder nur halbherzig bekämpft werden. (...)

Beim Umgang mit den geschätzten Großprojekten und ihrem „Verkauf“ an eine interessierte Öffentlichkeit beweist Tiefensee regelmäßig ein hohes Maß an Autosuggestion. Nachdenkliche Leipziger fragten sich seit langem, wie es diesem Mann gelingt, angesichts geballter Problemlagen der Stadt Leipzig ihre Vorzüge derart eindringlich zu verkaufen, dass die kommunalpolitischen Großbaustellen zwar Erwähnung finden, aber im Ungefähren verharren. Seinen Kritikern entgegnet Tiefensee, mit Larmoyanz ließe sich eine Großstadt nicht regieren. Damit gelingt es, dass zum Beispiel der Widerspruch zwischen den erfolgreichen Wirtschaftsansiedlungen und der unerträglich hohen Arbeitslosigkeit in der politischen Auseinandersetzung lange Zeit klein gehalten wird, obwohl die Bugwelle der Probleme immer höher ansteigt und die Spielräume im Etat verloren gehen.

Auf den Kern der Inszenierung gebracht, ist das Muster dieser Tiefensee-Auftritte schnell durchschaubar: Es lehnt sich an das bekannte Schema der Fernsehwerbung an, die mit allerlei gekonnt zelebrierten Wortkünsten die segensreichen Wirkungen eines Wunder-Präparats preist, um zum Schluss „Risiken und Nebenwirkungen“ pflichtschuldigst, aber nachrangig und nicht sehr deutlich herunterzuhaspeln.

Der Aufsteiger

13. Oktober 2005: Wechsel als Bundesminister nach Berlin

Wolfgang Tiefensee weiß nur zu gut, dass ihm die zweiten sieben Jahre an der Leipziger Verwaltungsspitze schwerer fallen werden als die ersten. Seine weiterhin Optimismus verbreitenden öffentlichen Auftritte würzt er inzwischen mit ungewohnt nachdenklichen Ausblicken. (...) Ein kritischer Beobachter und eifriger Mitgestalter von Winkelzügen Leipziger Kommunalpolitik meint zu Tiefensees Beweggründen: „Es war für ihn die letzte Gelegenheit, sich einen respektablen Abgang zu verschaffen.“

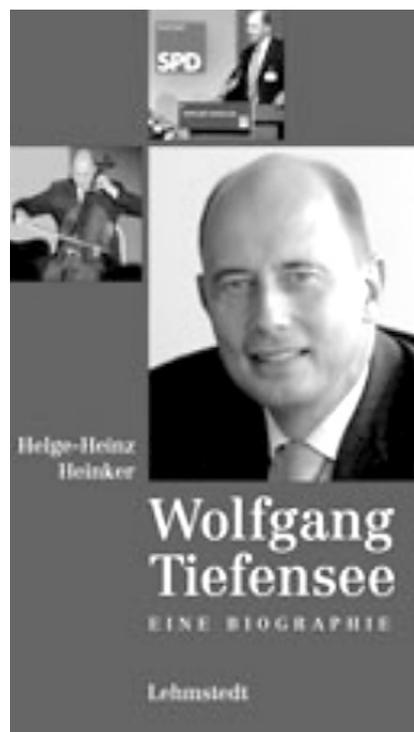
Soeben, am 15. November 2005 vom Leipziger Lehmann Verlag vorgestellt

Brandaktuell:

Die Tiefensee-Biografie

Unsere Leseprobe aus Helge-Heinz Heinkers Buch wird Sie endgültig überzeugen: Der Mann passt zu Berlin!

Helge-Heinz Heinker: *Wolfgang Tiefensee. Eine Biographie.*
Lehmann Verlag Leipzig 2005,
160 S., 27 Abb., 14,90 Euro



mächtigen Machern geprägt, mit denen er dicke Bretter bohrt. Nach innen ist es ein vorlagengetriebener Verwaltungsstil. Auszehrende Kämpfe um Mehrheiten kommen selten vor. Vorlagen werden zurückgezogen, sofern die erhoffte Zustimmung nicht zustande kommt. (...)

Die Medien sind Tiefensees gesuchter Sparringspartner. In einem Interview mit der Zeitung *Stimme des Herrn* geht er so weit, seinen Impuls, in die Politik zu gehen, aus dem Aufbau einer Gegenmacht zum Einfluss der veröffentlichten Meinung abzuleiten: „Will man einer Medienmacht in der Politik entgegenwirken, muss man in die Niederung der Partei- oder Vereinsarbeit.“ Diese Schlüsseläußerung des Leipziger Oberbürgermeisters verdeutlicht, wie innig sich Politikstil und Kommunikationsstil bei Wolfgang Tiefensee zu einem geschlossenen Ganzen verflechten. (...) Das System Tiefensee erschließt sich vor allem als hypertrophierte Kommunikationsmaschine mit selektiver Verankerung in der Welt der Fakten. Sie schließt ein, dass es Wolfgang Tiefensee nur in seltenen Ausnahmefällen zulässt, dass eine Diskussionsrunde moderiert wird, an der er teilnimmt. Er selbst ist moderierender Kommunikator. Tiefensee reduziert eine komplexe Wirklichkeit auf wenige, griffige Kernaussagen und erweckt damit den Eindruck, der im Moment weniger beachtete „Rest“ an Aufgaben erledige sich quasi im Alleingang, wenn nur erst die „langen Linien“ praktisch gezogen sind.

holung. Alle Sinne sind angespannt. Tiefensee erwartet einen wichtigen Anruf aus München. Pro oder contra. Der Autokonzern BMW will bekanntgeben, wo sein neues Werk für die Produktion der 3er Mittelklassereihe errichtet wird.

Der Anruf aus der Münchner Chefetage von BMW erreicht den Oberbürgermeister tatsächlich am Ferienort. Von einem Moment auf den anderen bricht Tiefensee seinen Urlaub ab und nimmt das nächst erreichbare Flugzeug nach Leipzig.

In Foto-Finish-Manier ist die Entscheidung zu Gunsten von Leipzig gefallen. Die Kombination aus zentraler geografischer Lage, exzellenter Infrastruktur, aus der Fähigkeit, komplexe Planungs- und Genehmigungsverfahren zügig zu bewältigen, aus vorhandenen Basisqualifikationen der Arbeitskräfte und den reichen industriellen und kulturellen Traditionen sichert Leipzig den hauchdünnen Vorsprung vor den Mitbewerbern beim Zieleinlauf für die Ansiedlung des neuen BMW-Werkes.

In der Messestadt kennt der Jubel keine Grenzen. „BMW kommt nach Leipzig.“ Wer bis 10 Uhr an diesem herrlichen Sonnentag noch nichts davon weiß, erfährt aus einer Sonderausgabe der *Leipziger Volkszeitung* den Ansiedlungserfolg. Sämtliche Nachrichtenagenturen berichten über die Investition in das größte Industriewerk, das in den kommenden Jahren in Deutschland gebaut wird. (...) Wer immer einen neuen Leuchtturm in Leipzig hochzieht – als Leuchttürmer in

Von **WOLFGANG ECKERT**

Ss war nicht zu Übersehen, wie Frau Merkel in letzter Sekunde vor der Bundeskanzlerwahl fast ins Jungfräuliche zurückgeblüht vor den Kameras erschien. Sie wirkte weicher, als wäre sie bereit, sich ihren Wählern hinzugeben. Ihre Stimme hatte nicht mehr den harten metallischen Klang eines Fallbeiles. Besonders sanft wurde diese, wenn sie verkündete, mit welchen unangenehmen Köstlichkeiten sie die Bundesbürger in West und sogar in Ost beglücken will, sollte sie denn Bundeskanzlerin werden. Und ganz schmolz sie dahin, wenn sie hauchte, dass eines bei ihr Vorfahrt hat: Die Arbeit. Nun, wohlan! Sollte sie den Thron besteigen, was zu befürchten ist, muss sie in Zukunft beweisen, dass ihr Versprechen kein Versprecher war.

Hier ist zu erinnern, sie gehört einer Partei an, die sich gern Volkspartei nennt, aber schon immer die Wünsche der Reichen erfüllte und denen falsche Hoffnungen machte, die glaubten, sie könnten als Kleine zumindest ein Stück des Bodenrandes von der Sahnetorte mit abbekommen. Die allerdümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber, wie jüngst ein Politiker in den bayerischen

Bergen vor Wut jodelte. Frau Merkel und ihresgleichen profitierten von der Indifferenz und den sozialen Abwegen der nunmehr mit ihnen bündeln müssenden Partei mit dem Wissen, dass sie es selber nicht viel anders machen wollen, da sie nun einmal wieder vorn sind. Schön ist so ein Ringelspiel. Vielleicht haben wir eines Tages Grund, nostalgisch an die verbliebene DDR zu denken, wenn angesichts solcher Eintracht sich die Wahlergebnisse erneut den 98,9% nähern?

Apropos Arbeit! Dabei weiß doch Frau Merkel genau, dass sie – wie übrigens viele andere

des vorhandenen Reichtums bleibt. So wächst auch die Saat der Korruptionen aus dem versumpften Boden, schießt jählings in die Höhe, schafft Samenkapseln, die zerplatzen und als Pollenflug von oben nach unten rieseln und über den Boden schwelen wie ein sich unaufhaltsam ausbreitendes Gift. Die Bestechlichkeit tritt auf wie harmloser Schnupfen. Wenn es. die da oben treiben, können wir es da

Kultur werden unpolitisch, also steril. Zuerst die Blicke und dann die Gedanken verschleiern sich.

So könnte man zu dem falschen Glauben kommen, es gibt gar keine guten Menschen mehr in diesem Land. Aber sie gibt es. Millionen von ihnen werden Lasten aufgebürdet, die sie sich in der DDR nicht eine Stunde lang hätten gefallen lassen. Ihre Gutmütigkeit entspringt aus ihrer Haltung, es kann doch gar nicht so viel Böses, Kaltes geben. Und so werden sie immer wieder in ihrer Geduld von Unangenehmen überrascht und verfallen ins

Jammern. Die meisten von ihnen haben aber genügend zu essen und ein Dach über dem Kopf. Man sieht sie. Die im Schatten sieht man nicht. Deshalb wird so viel flimmerndes Licht gemacht. Über ihre unmittelbare Existenz können also viele nicht klagen. Klagen sie aber über Ungerechtigkeiten,

werden sie als Miesmacher gescholten wie weiland jene in der DDR, die ihre kritische Stimme erhoben. Das ist immer so in Gesellschaften, die mit den geschaffenen Zuständen nicht mehr fertig werden.

Der gute Mensch: Es gibt ihn. Er hofft. Er resigniert. Er hofft. Er will an das Gute glauben. Er lässt mit sich spielen. Doch das Spiel ist gefährlich. In der DDR glaubten immer weniger Menschen an den Fall der Mauer. Und sie fiel dennoch. Politiker sollten nicht glauben, dass es den guten Menschen nicht mehr gibt. Könnte er eine Mauer beseitigen, könnte er eines Tages auch Berge versetzen.

Der gute Mensch und die Berge



Politiker auch – eine Lüge verbreitet, wenn sie von der Abschaffung der Arbeitslosigkeit spricht. Die Arbeitslosigkeit ist schon immer ein Machtmittel des Großkapitals gewesen und wird es bleiben. Mit ihr lässt es sich herrschen, Unsicherheit und Angst verbreiten, demütiges Verhalten erzeugen, die Arbeitnehmer in Konkurrenz gegeneinander bringen, Zugeständnisse erzwingen und ganz gezielt Politik betreiben zu eigenen Gunsten, mit anderen Worten Gewinn.

Die Lüge von der Verringerung oder gar Abschaffung der Arbeitslosigkeit wird also bleiben, solange das System der ungerechten Verteilung

unten auch. Solch eine Ansicht dringt wie saurer Regen in die Erde. Grundwerte und Ideale verunkrauten; es wächst eine schamlose Gesellschaft heran, einem Stück unbrauchbar gewordenen Acker gleich. Dies alles scheinbar fernab von den Politikern mit ihren Balzkämpfen und hehren Reden von einem vereinigten Europa und dass deutsche Soldaten überall wieder auf Wacht stehen. Deshalb wird jetzt schon vor terroristischen Anschlägen im eigenen Land gewarnt. Indessen verlernt die Jugend das Arbeiten oder die Lust darauf, weil sie gar keine Arbeit bekommt. Die Gesellschaft zerflattert in billige Unterhaltungsspektakel, Kunst und

Die Zeitschrift „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“, die sich nach der Wende großdeutsch in einem Themenheft natürlich auf die DDR-Stadtgeschichte stürzte, tut kund: „Eine in 40 Jahren aufgebaute, penetrant eingehämmerte Geschichtsauffassung hatte ihre Nachwirkungen. Doch das Wissen um die sachlich orientierte Arbeit an der Geschichte war nicht gänzlich verschüttet – vor allem nicht bei der älteren Generation, deren Geschichtsbild nicht allein durch die DDR-Zeit vermittelt war. Überall regten sich bodenständige und heimatbewusste Kräfte, um mit ihrem Wissen, ihren Fähigkeiten und ihrem Einsatz Neues aufzubauen und an alte Traditionen anzuknüpfen.“

Klar, neue Besen kehren gut. Heißt es zumindest. Und das glaubte womöglich auch Museologe Holger Nowak von sich, der nach der Wende die Leitung der Städtischen Museen Jenas übernahm. Dieser und mit ihm gewiss einige andere neue Besen kehrten so radikal, dass es schon wieder unhygienisch wird. Nun ist unsereins, die sich eines sonnigen Herbstages arglos nach Jena aufmachte, um die wunderbare Rodin-Ausstellung im Stadtmuseum in der „Alten Göhre“ am Markt zu genießen, ja keine Hygienepolizei. Aber soll man die ungestört machen lassen, wenn sie die gesamte DDR-Geschichte, die Jena erlebte, auf ein Glastäfelchen mit vier

Punkten zusammenquetschen? – Im übrigens schon 1988 wiedereröffneten Stadtmuseum (das historische Gebäude war kriegszerstört und viele Jahre anderweitig untergebracht), gibt es im Treppenhaus eine detailreiche und liebevolle Darstellung der Geschichte der Jenaer Region. Ganz oben – eine halbe Treppe über den beiden Etagen, die für wechselnde Ausstellungen vorgesehen sind, wie die mit Zeichnungen und Skulpturen Rodins – also die Tafel mit Jenas Geschichte von 1945 bis 1989: Da hätten wir die brutale Zerschlagung der Länder, wodurch Jena zum Bezirk Gera kam, den Bau der Berliner Mauer und den des Zeiss-Turmes, der aus „Konjunkturgründen“ (?) an die Friedrich-Schiller-Universität übergeben

wurde und schließlich die Existenz von zwei oppositionellen Studentengruppen,



eine davon eine Frauengruppe. Schluss. Bei einem plötzlichen Puls von 140 hat man wenigstens eine gewisse Verantwortung gegenüber sich selbst. Ich reagierte mich gründlich im Gästebuch ab, nannte das Werk der neuen Besen einfach erbärmlich. – Das ändert nichts. Gewiss. Aber ich fühlte mich sofort besser. Warum raten „gute“ Freunde in solchen sich mehrenden, ja wahrlich nicht auf Jena beschränkten Situationen eigentlich immer, man solle sich nicht aufregen? Ich sage: Regt euch auf, beschwert euch, schreibt Gästebücher voll und Briefe, protestiert, Leute! Zu Hause und wieder ruhiger, fand ich im Internet die eingangs zitierten Sätze und stelle mir seither vor, wie in vierzig Jahren hoffentlich klügere neue Besen, zum Kehraus rufen: „Eine in 40 Jahren aufgebaute, penetrant eingehämmerte Geschichtsauffassung hatte ihre Nachwirkungen. Doch das Wissen um die sachlich orientierte Arbeit an der Geschichte war nicht gänzlich verschüttet – vor allem nicht bei der älteren Generation, deren Geschichtsbild nicht allein durch die BRD-Zeit vermittelt war. Überall regten sich bodenständige ...“

• MAXI WARTELSTEINER

Die neue „Alte Göhre“, ein wunderschöner, geschichtsträchtiger Bau mit einem ebenso schönen Museum im Inneren, fulminanten Wechselausstellungen – und doch beträchtlichen geistigen Leerstellen.

Die Erwartungen auf Riccardo Chaillys erste Leipziger Opernpremiere waren hoch, auch hoch geschraubt worden. Nach vier Jahren Mittelmaß mit mehreren ärgerlichen Fehlinszenierungen brauchte Henri Maier als Operntendant endlich den großen Erfolg. Gastdirigate garantierten diesen Durchbruch auf musika-

Von **WERNER WOLF**

lischen Gebiet auch.

Schon die warmen, edel klingenden Streicher im Vorspiel ließen nun in Chaillys Leipziger Operndebut spüren, dass an diesem Abend Außergewöhnliches zu hören sein wird. Da erhielten dann auch die im *Maskenball* noch häufigen Begleitfiguren und -akkorde je nach dem Charakter des Gesanges Leben und Farbe, Gelöstheit oder schwingende Energie. Die musikalisch ergreifend gestaltete Tragödie um den Gouverneur Riccardo, dessen Sekretär Renato und seine Frau Amelia erschütterte unmittelbar.

Vor allem Chiara Taigi berührte

Riccardo Chaillys Leipziger Operndebut

Glanzvolle musikalische Gestaltung lebender Bilder

als Amelia mit ihrem innigen, von tiefen Empfindungen erfüllten Gesang nachhaltig. Mit tenoralem Glanz sang Massimiliano Pisapia die Partie Riccardos. Stimmgewaltig und unerbittlich im Ausdruck gestaltete Franco Vassallo die Partie Renatos. Anna-Maria Chiuri gab der Partie der Zauberin Ulrica mit energischer und farbenreicher Stimme ganz die unheimliche Atmosphäre, derer sie bedarf. Auf der Höhe dieser vier Gäste beeindruckte zudem Eun Yee You vom Leipziger Ensemble als Page Oscar. Auch in den kleineren Partien lösten die Ensemblemitglieder Tuomas Purio und Metodie Bujor als Anführer der Verschwörer, Hermann Wallén als Seemann und Seung-Hyunb Kim als Richter sowie Diener ihre Aufgaben überzeugend. Und Riccardo Chailly führte sie

und den großartig singenden Chor über den wundersamen Orchesterklängen faszinierend. Das könnte im einzelnen noch ausführlich beschrieben werden. Arnaldo Pomodori entwarf eindrucksvolle, mit Beifall bedachte Bühnenbilder und fantasievolle Kostüme, die die nach den Eingriffen der Zensur betonte Zeitlosigkeit des dann auf den Dreieckskonflikt konzentrierten Werkes unterstreichen. Der als Filmregisseur international anerkannte Inszenator Ermanno Olmi meidet erfreulicherweise jede aufgesetzte Aktualisierung und verzichtet auf selbsterhellende Deutung. Doch er bleibt weit hinter dem Libretto und der Partitur, hinter den in zahlreichen Briefen formulierten Forderungen Verdis zurück, indem er im Grunde nur lebende Bilder arrangiert. Vor allem Massimiliano Pisapia

nutzt das weitgehend und singt seine Arien mit Bravour vorn an der Rampe, ab und zu ein paar Schritte hin und her gehend. Auch Franco Vassallo hält das nicht viel anders. Dabei fordern beider Szenen mit Amelia intensive Partnerbeziehungen. Auch der vorzügliche Chor steht meist still. Das kommt natürlich der Gesangskultur zu gute. Doch Verdi forderte immer wieder lebendige szenische Gestaltung. Die aber lässt dieser Abend vermissen. Dazu bedarf es keiner teuren Gastregisseure.

Anfang Dezember endet nun dieser eindeutige musikalische Erfolg vorerst und Riccardo Chailly wird erst in der nächsten Spielzeit wieder im Opernhaus zu erleben sein. Ob er als Musikchef des Hauses inzwischen indirekt für weiteren Aufschwung sorgen kann, muss sich erweisen.

Die Kunsthalle der Sparkasse Leipzig erlaubt im Rahmen der Jahresausstellung zum sechsten Mal einen „Blick in die Sammlung“, die mittlerweile fast 2000 Exponate umfasst und seit 1993 kontinuierlich aufgebaut wird. Spannend wie schon die ersten fünf Einblicke überzeugt auch diese Ausstellung wieder durch ihren genre- und stilübergreifenden Ansatz. Wolfgang Matheuer mit einem selten gezeigten Bild („Heiliger Abend“, 1984, Öl auf Hartfaser) ist genauso vertreten wie

„Leipziger Schule“ in der Kunsthalle:

Spannende Einblicke

Werner Tübke („Abendlicher Hafen“, 1997, Graphit). Auch die Fotografie kommt nicht zu kurz: Günter Rössler mit einem sinnlichen Akt („Anja K. am Fenster II“, 1985) und beinahe kontrastierend dazu Hans-Christian Schink mit einem unterkühlten Technik-Landschaft-Stilleben („ICE-Strecke bei Radefeld“, 2001).

Es ist die Mischung, die pointierte Gegensätzlichkeit, die überzeugt. Dabei ist oft nicht sofort erkennbar, ob das Werk vor dem Zeitenumbruch 1989 oder danach geschaffen wurde. Die traurig-angestregt schauende blonde Dame („Beate“, 1977, Öl auf Hartfaser), mit der Volker Stelzmann vertreten ist, könnte durchaus heute vom Leben – Lieben – Arbeiten gefordert sein. Der Besucher darf erfreut und aufgewühlt feststellen: die Leipziger Schule lebt.

• D. M.

Kunsthalle der Sparkasse Leipzig, Otto-Schill-Straße 4a
Di.-Fr. 15 – 18 Uhr; Sa./So. 11 – 16 Uhr

Fanny aus Felixens Schatten geholt

Der 200. Geburtstag der auch heute noch im Schatten ihres Bruders stehenden Fanny Hensel geborene Mendelssohn war Anlass, das immerhin 400 Stücke umfassende Schaffen dieser außergewöhnlichen Komponistin und Pianistin in den Mittelpunkt der Festtage zu rücken. Was da zu erleben war, erwies sich den Werken des Bruders ebenbürtig.

So weckte der von Eva Sperl im Mendelssohn-Haus konzentriert gespielte Zyklus von zwölf Klavierstücken und einem Nachspiel „Das Jahr“ (der auch in einer vorzüglichen CD-Einspielung des Leipziger Pianisten Ulrich Urbans vorliegt) starke Eindrücke. Das Konzert des Mendelssohn-Kammerorchesters im Gewandhaus bezeugte mit dem „Liederkreis an Felix“

Fannys Fähigkeit zu zyklischer Gestaltung. Auch die in der Hochschulveranstaltung „Fanny Hensel – Berlin, Leipziger Straße 3“ gebotenen drei Klavierstücke zu vier Händen und die sechs „Gartenlieder“ für vier gemischte Stimmen sowie das Klaviertrio d-Moll können sich mit solcherart Stücken des Bruders messen.

Wie dieser Abend verschaffte auch die ausverkaufte Hochschul-Aufführung des Mendelssohnschen Singspiels „Die Heimkehr aus der Fremde“ ein beherztes Bild vom Leben im einstigen Berliner Mendelssohn-Haus.

Aus dem Komponistinnen und Musikerinnen gewidmeten Konzert im Bach-Archiv, in dem besonders Anna Magdalena Bach gewürdigt wurde, sei Fanny Hensels bewegende Fassung der Sinfonia zur Bachschen Kantate „Actus tragicus“ im handschriftlichen Klavierauszug hervorgehoben, von Martine Fiedler auf dem Hammerklavier gespielt. In der Matinee im Mendelssohn-

Haus weckte Ken David Masur mit Melinda Lee Masur am Bösendorfer-Flügel mit Liedern von und um Mendelssohn und Schumann viel versprechende Hoffnungen.

Das Gewandhausorchester, mit Christopher Hogwood, bot ein Extrakoncert. Außer von Felix Mendelssohn (vorzüglich der Pianist Ronald Bräutigam mit dem Konzert g-Moll) erklangen Fannys beachtliche Ouvertüre C-Dur und die fünfte Sinfonie des von Felix geförderten Niels Wilhelm Gade. Ganz im Sinne Mendelssohn ließ Morton Schuldt-Jensen in den Thomaskirchen-Motetten mit vorwiegend zeitgenössischer Chormusik aufhorchen. (Fannys ursprünglich angekündigtes Oratorium nach Bibeltexten wird hoffentlich noch zu hören sein.) In der Musik-Hochschule setzte das Kammerorchester Felix M. unter Michael Köhler mit der Festlichen Ouvertüre, dem zweiten Violoncellokonzert (großartig Solist Peter Bruns) und der sechsten Sinfonie von Schostakowitsch starke Akzente.

• W. W.

Ach, man kommt ins Schwärmen Da verschickt der Direktor des Institut Français de Leipzig Yves Nacher eine wunderbare Einladung, um die etwas tristen Novembertage mit französischem Kino zu verzaubern. Mitten in diesem so gräulichen Monat nun schon seit 11 Jahren

Von **MICHAEL ZOCK**

stimmungsvolle *Französische Filmtage* in Leipzig und Halle. „In den beiden Städten ist diese Magie des Kinos nicht vergessen, dieses verwundern, provozieren und stören wollen“, beschreibt Monsieur Nacher die Lust der Kleinpariser am Film. Lang, lang ist es her, als in den 70er Jahren die Schlange einhundert Meter lang war und die Schar in der Petersstraße vor

FF dabei

DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Bonjour Frankreich

dem „Capitol“ nur ein Thema hatte: die neuesten Filme von Annie Girardot, Jean Marais und Brigitte Bardot. Gezeigt während einer französischen Filmwoche fünfmal täglich vor ausverkauften Haus. Oder ich denke an Kurse in französischer Filmgeschichte im legendären „Casino“ am Neumarkt: Filme von Truffaut, Bunuel (damals verschlug mir sein „andalusischer Hund“ den Atem), und 2005 finden er und Godard endlich wieder mal Platz auf Leipzigs Leinwänden.

Der Blick in vergangene Kinozeiten sei auch deshalb gestattet, weil er andeutet, dass es immer wieder gute Gründe gibt, warum heute unter anderen kulturellen Bedingungen besonders junge Leute sich für europäisches, in diesem Fall speziell französisches, Kino interessieren. Denn allgemein tendiert das Wissen über die Geschichte des europäischen Kinos gegen Null. Da lässt sich in diesen Tagen manches auffrischen. Sei es in der Cinematheque, in der Schau-bühne Lindenfels und nicht

zuletzt in den Passage-Kinos, denn es gibt doch noch so etwas wie *Filmkunst*. Sie ist den so genannten „besten Filmen aller Zeiten“ und anderem Marketingchwachsinn weit überlegen.

Ich freue mich auf eine weitere Begegnung mit Schauspielende Jean Rochefort und seinem neuen Film: „Das zweite Leben des Monsieur Manesquier“. Es ist die Geschichte zweier Männer, die sich wünschen, das Leben des anderen führen zu können. Was bewirkt so ein Identitätswechsel?

Ich freue mich auf „Merry Christmas“, der bei seiner Uraufführung in Cannes 2005 begeistert aufgenommen wurde. Das ist ein Blick zurück in das Jahr 1914. Die französischen, britischen und deutschen Truppen liegen sich seit Monaten gegenüber. Die anfängliche

Kriegsbegeisterung ist längst vorbei. Man inszeniert einen inoffiziellen Waffenstillstand. Stellt Kerzen und Tannenbäume im Niemandsland.

Diese französisch-deutsche Co-Produktion bebildert einen kleinen Frieden in einem schrecklich großen Krieg. Neunzig Jahre danach hat Christian Carin bewegende Bilder über dieses Weihnachtsfest gedreht. Wir werden sie, lange vor dem Kinostart, in Leipzig sehen können. Eine Reihe zu Jean-Paul Sartre 100. Geburtstag wurde vorbereitet. In ihr wird auch die Co-Produktion der DEFA „Die Hexen von Salem“ wiederaufgeführt. Sartre schrieb 1956 das Drehbuch. Der Platz reicht nicht aus, um über „Französische Delikatessen“ zu informieren. Ich kann nur raten: Genießen sie diese mit DJ Eifelturm.

Blaubarts Besitz heißt der Roman - eine moderne Variante des alten Märchens vom Ritter Blaubart, dem Prototyp des Frauenmörders. Fries behandelt das Motiv auf eine Weise, wie man sie von ihm schon kennt: geistreich, ironiefunkelnd und „hochverschnürt“ - um diesen Ausdruck Thomas Manns aufzugreifen - er verknüpft das Mythologische mit Zeitgeschichtlichem, Aktuellem und Autobiographischem. Da begegnet man vielem, was einem bekannt vorkommt: Leipziger Örtlichkeiten und intellektuellen Milieus aus den letzten Jahrzehnten etwa, Details aus der eigenen Biographie, auch Realien aus der politischen Sphäre wie den zwielichtigen Aktivitäten eines gewissen Dr. Glossowsky. Ein Schalk, wer Arges dabei denkt, denn der Autor versichert, dass jede Ähnlichkeit mit privaten wie mit Personen der Zeitgeschichte rein zufällig sei. Aber zurück zu dem Titel des Buches: Um welchen Besitz handelt es sich eigentlich? Um die Textilfabriken in der sächsischen Kleinstadt R., die Blaubart I. am Ausgang des 19. Jahrhunderts aus dem Boden stampfte?

Gold oder Liebe

Ein neues Buch von Fritz Rudolf Fries

Um jenes sagenhafte Vermögen, das sein Sohn Blaubart II., Obersturbannführer, Chemiker und Erfinder synthetischer Lebensmittel, auf der Grundlage seiner Versuche an Zwangsarbeiterinnen im Nazireich, später mit Patenten in den USA erwarb? Diese beiden Figuren bringen es bei Fries nur zu einer schattenhaften Existenz, es geht ihm eigentlich um Louis, Blaubart III., seinen und unseren Zeitgenossen. Der wird zwar Erbe und Nutznießer dieses Reichtums, aber etwas anderes ist ihm wichtiger: Blaubarts Besitz ist im Kern eine Liebesgeschichte. Die schönsten Passagen sind der jungen Liebe zwischen Blaubart III. und seinem Hasenkind gewidmet, der aus armen Verhältnissen kommenden Caroline, die in Leipzig die Bibliothekarschule besucht

- einem Geschöpf voller Liebreiz, Naivität und Lebenslust. Und hier, so scheint es, schlägt auch das Herz des Autors am bewegtesten, in der Erinnerung an Zeiten, deren Glück nicht von materiellem Besitz abhängig war.

Wäre allerdings noch hinzuzufügen, dass diese Erinnerung nicht ungetrübt ist, denn auch Louis gehört zur Sippe der Blaubarts und hat seinem Hasenkind genug an Schmerzen zugefügt. So weht denn des alten Blaubart unseliger Geist durch die letzten Partien des Buches. Es endet mit dem Tod der beiden sich Liebenden und zuletzt so unglücklich Entzweiten - ein Schluss, dessen Melancholie noch durch den letzten Satz des Buches verstärkt wird: „Das Gold aber wartete und arbeitete im Stillen.“

• FRIEDRICH ALBRECHT

Fritz Rudolf Fries: *Blaubarts Besitz*. Roman. Faber & Faber, Leipzig 2005, 158 S., 16 Euro.

Aufstehen – immer wieder!

Über die ASK-Mannschaft Radsport der Armeesportvereinigung Vorwärts der DDR

Drei Autoren, darunter der Polenzer Dr. Wolfgang Taubmann, und sage und schreibe 77 (!) Co-Autoren und neun Unterstützer zeigen, dass das Sprichwort „Viele Köche verderben den Brei“ durchaus nicht immer stimmt. 321 Seiten Radsportgeschichte einer der erfolgreichsten DDR-Radsportmannschaften. Da begegnet der Radsportfan solchen Namen wie Egon Adler, Judith Arndt, Horst Aurich, Falk Boden, Norbert Dürpisch, Dieter Gonschorek, Günter Hoffmann, Klaus Kellermann, Hanka Kupfernagel, Dan Radtke und Steffen Wesemann und der Trainerlegende Emil Kirmße (man möge mir verzeihen, dass ich nur diese Namen nenne).

Der Werdegang der Mannschaft von Leipzig (ab 1956) über Markkleeberg (1963) nach Frankfurt (1973) wird auf nur 12 Seiten dargelegt - aber trotz (oder wegen?) der Kürze sehr präzise. Dann folgen mehr als 270 Seiten Erinnerungen. Und die zeigen den Sport in der DDR mit allen ihren Nuancen von 1956 bis zur Wende. Die Verfasser der Berichte erinnern sich an die Turbulenzen der Anfangsjahre, an die zunehmende

Ernsthaftigkeit des Wollens und Strebens und an Erfolge und Niederlagen. Der Leser wird dabei so manches Aha-Erlebnis haben. Erinnerungen werden auch für den passiven Sportler wach und neben dem Wissensgewinn kann man sich auch über Schmunzeleffekte freuen.

Das Ganze wird mit 24 Seiten Tabellen abgerundet. Und natürlich ist alles sehr reich bebildert mit einmaligen Fotos, Faksimiles und Karikaturen. Das Buch wurde in Eigenregie herausgegeben, was man den Autoren und ihren Co-Autoren hoch anrechnen muss. Es ging ihnen nicht um Nostalgie, also eine verklarte Darstellung des Vergangenen. Sie waren dabei und wissen darum wie alles gelaufen ist. Das Buch ist auch darum wertvoll, weil es Insider sind, die sich hier melden und denen kein nicht Dabeigewesener mitteilen muss, wie die Radsportler in der DDR gelebt haben und wie sie eigentlich hätten leben sollen. Und das ist lesenswert!

• DIETER KÜRSCHNER

Taubmann, W.; Zimoch, J.; Schulz, W.: *Aufstehen – immer wieder!* 15 Euro

Dieser Sammelband enthält Beiträge eines Symposiums, dessen Hauptträger die Juristische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg war. Er beinhaltet die Ansprache zur Wiederaufstellung des Grabsteins für das jüdische Ehepaar Adolf und Auguste Weissler am 2. Mai 2003. Adolf Weissler (1855-1919), dessen Lebensweg Ludwig Röhl behandelt, war Mitbegründer des „Deutschen Notarvereins“ und Herausgeber der *Zeitschrift des Deutschen Notarvereins*. Er vertrat eine ausgeprägte deutschnationale Gesinnung und erschoss sich „aus Trauer um die tiefe Schmach seines Volkes“ am Tage der Ratifizierung des Versailler Vertrages durch die Nationalversammlung (24. Juni 1919). Seine Frau wurde in das KZ Theresienstadt verschleppt und verstarb dort im November 1943. Ihr Sohn Friedrich (1891-1937), Landesgerichtsdirektor in Magdeburg,

Juristenkarrieren im Dritten Reich

wurde am 19. Februar 1937 im KZ Sachsenhaus bestialisch umgebracht. Über sein Schicksal berichtet Dieter Miosge. Das Wirken Friedrich Weisslers im Dienste der Bekennenden Kirche behandelt Michael Germann.

Der Beitrag von Gerhard Baatz ist Hans Litten (1903-1938), Jurist am Kammergericht in Halle, gewidmet. Litten, auch Anwalt der Roten Hilfe, erreichte als Nebenkläger gegenüber Mitgliedern eines SA-Sturms, dass Hitler vom Gericht für den 8. Mai 1931 als Zeuge geladen wurde. Litten befragte Hitler

mehrstündig und trieb ihn so in die Enge, dass dieser Verfassungstreue schwören musste. Noch in der Nacht des Reichstagsbrandes vom 27. zum 28. Februar 1933 wurde Litten verhaftet und in „Schutzhaft“ genommen. Er durchlebte mehrere KZ, bevor er vom 4. zum 5. Februar 1938 im KZ Dachau grausam getötet wurde.

Heiner Lück behandelt Dr. Paul Sattelmacher (1879-1947), der von 1933 bis 1945 in Naumburg als OLG-Präsident tätig war und am 2. April 1940 zum Honorarprofessor an der Rechts- und Staats-

Wohin steuert die Welt?

Entscheidungen der Supermacht untersucht, die China und den Fernen Osten, Russland, den Mittleren Osten, Europa und dessen atlantische Bindungen betreffen. Wohlthuend die Analysen unterschiedlicher Bedingungen, historischer und kultureller Traditionen. So sieht er in den Versuchen, den Chinesen Vorhaltungen in Sachen Demokratie und Menschenrechte zu machen, mangelnden Respekt vor einer Jahrtausende gewachsenen Kultur. Wobei er das gegenwärtige politische System

der Volksrepublik als zeitgemäß wertet und ihr - neben den USA - eine zunehmende Schlüsselstellung einräumt (während er die Zukunft der Europäischen Union für ungewiss hält).

Schmidt distanziert sich auch von den missionarischen Versuchen der USA, ihr Demokratie-Modell dem Mittleren Osten mit Blut und Eisen überzustülpen. Die Welt, so das Resümee, bietet heute wenig Anlass zu einem generellen Optimismus. Dennoch appelliert Schmidt zu mehr Toleranz und Kompromissbereitschaft.

• HELMUT ARNDT

Helmut Schmidt: *Die Mächte der Zukunft – Gewinner und Verlierer in der Welt von Morgen*. Siedler-Verlag, München 2004, 203 S., 19,90 Euro

Leipzig

In Leipzig auf dem Turnerfest
Hat sich bei nächtlichen Gelagen
Ein Sanatismus zugetragen,
Der wo sich kaum beschreiben läßt.

In Gassen, die man nicht betritt,
Befragte Turner Schmidt aus Neisse
Ein Fräulein unerfährnerweise
Nach Nam` und Art und Appetit.

Und weil sie gleich mit Schmidten ging,
Sah sich auch Turner Schulz aus Zossen
Zu etwas Ähnlichem entschlossen,
Indem ihn ja die Nacht umfing.

Am andern Morgen ging es los,
Wobei die Sittlichkeit entbrannte,
Daß selbst die kümmerlichste Tante
Viel scharfe Flüssigkeit vergoß.

Der Vater Jahn beim lieben Gott
Besah das Ganze ohne Trübung
Und fand die turnerische Übung
Sogar bei Schmidt und Schulze flott.

PETER SCHER

Die Aktion. Berlin, 3. Jg., 1913, Nr. 32
(9. August 1913), Sp. 758

wissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität ernannt wurde. Er verstarb am 19. Juli 1947 in Buchenwald, wo er im Speziallager Nr. 2 des NKWD interniert war.

Der abschließende Beitrag von Alexander Sperk hat den Justizalltag im Regierungsbezirk Merseburg im Spiegel der Lageberichte der Geheimen Staatspolizei 1933 bis 1936 zum Gegenstand.

Der Anhang enthält einen Auszug aus einem von Detlef Scherer verfassten Romanmanuskript über Adolf Weissler

• KURT SCHNEIDER

Armin Höland/Heiner Lück (Hg.): *Juristenkarrieren in der preußischen Provinz Sachsen (1919-1945). Lebenswege und Wirkungen. Studien zur Landesgeschichte, Bd. 12. Mitteldeutscher Verlag, Halle 2004. 159 Seiten, 22,50 Euro.*

KALENDERBLATT

Reinhold Hermann
1885–1945

Reinhold Hermann gehört zu den zahllosen faschistischen Mordopfern, über die wir nur wenig wissen. Dieses karge Wissen festzuhalten, ist moralische Pflicht derer, die sich dem Kampf gegen dem Neofaschismus verschrieben haben.

Reinhold Hermann wurde am 10. November 1885 geboren und war von Beruf Buchdrucker. Zu Beginn des Ersten Weltkrieges schloss er sich dem *Verband der Deutschen Buchdrucker* an und trat unter dem Eindruck der Novemberrevolution 1918 der SPD bei.

Während der Weimarer Republik setzte er sich in verschiedenen Verlagen als Betriebsratsvorsitzender für soziale Forderungen der Belegschaft ein. Zugleich gehörte er der Berliner Leitung des *Verbandes der Lithographen und Steindruckern* an.

1936 nahm Reinhold Hermann eine Arbeit im Nazi-Verlag *Völkischer Beobachter* an. Sein langjähriger Freund Hugo Kapteina, Leiter einer antifaschistischen Widerstandsgruppe in einem Berliner Rüstungsbetrieb, gewann ihn Anfang des Zweiten Weltkrieges für die Mitarbeit in dieser Gruppe. Wiederholt traf er mit Anton Saefkow zusammen, der ihn mit dem Programm und den Zielen des *Nationalkomitees Freies Deutschland* vertraut machte, und er war an der technischen Herstellung von Flugblättern gegen die Herrschaft des Faschismus und des von ihm geführten Krieges beteiligt. Materialien, die über die Bewegung *Freies Deutschland* informierten, reichte er an Kollegen beim *Völkischen Beobachter* weiter.

Im Juli 1944 wurde Reinhold Hermann von der Gestapo verhaftet und in ein Konzentrationslager in Bayern verschleppt. Wenige Tage vor der Befreiung, am 20. April 1945, ermordeten ihn seine faschistischen Bewacher.

• K. SCH.

Bertolt Brecht**LOB DER ILLEGALEN ARBEIT**

Schön ist es

Das Wort zu ergreifen im

Klassenkampf.

Laut und schallend aufzurufen zum

Kampf der Massen

Zu zerstampfen die Unterdrücker,

zu befreien die

Unterdrückten.

Schwer ist, und nützlich die tägliche

Kleinarbeit

Zähes und heimliches Knüpfen

Des Netzes der Partei vor den

Gewehrläufen der Unternehmer:

Reden, aber

Zu verbergen den Redner.

Siegen, aber

Zu verbergen den Sieger.

Sterben, aber

Zu verstecken den Tod.

Wer täte nicht viel für den Ruhm,

aber wer

Tut's für das Schweigen?

Denn der Ruhm fragt umsonst

Nach den Tätern der großen Tat.

Tretet, vor

Für einen Augenblick

Unbekannte, verdeckten Gesichts,

und empfängt

Unsern Dank!

Der Briefwechsel von zwei Kriegsgegnern, die zur Spitze des linken Flügels in der deutschen Sozialdemokratie gehörten, zeugt davon, dass sie die Barbarei des mörderischen Krieges bloßlegten und sich ihm, wenn auch oft in ohnmächtiger Wut auf seine Verursacher und Befürworter, entschieden entgegenstellten. Noch am Abend des 4. August 1914 hatte sich Hermann Duncker in der Wohnung von Rosa Luxemburg mit Gleichgesinnten getroffen, um zu beraten, was bei Kriegsausbruch zu tun sei. Beide, Käthe und Hermann, nutzten in den kommenden Wochen und Monaten jede Möglichkeit, trotz der vom Parteivorstand betriebenen Burgfriedenspolitik über die Ursachen, die Ziele und den Charakter des Krieges vor Parteimitgliedern zu sprechen. Käthe verfasste Thesen zu den „Wirtschaftlichen Ursachen des Krieges“, Hermann die Spartakus-Flugschrift „Der Annexionswahnsinn“.

„Ich bin ausgeschaltet durch geistigen Stumpfsinn“

Mit der Einberufung Hermann Dunccker im August 1915 und seinem Einsatz bis zum Frühjahr 1918 an der Ost- und Westfront waren die Eheleute gezwungen, sich über ihre Erlebnisse, Beobachtungen, Gefühle und Schlussfolgerungen brieflich zu verständigen. Für diese Zeit liegen 499 Briefe und 170 Karten von H. Duncker sowie 154 Briefe und 93 Karten seiner Frau Käthe vor, verfasst unter den Bedingungen des Kriegszustandes und der Briefzensur.

In vielen Briefen schildert Duncker den ungeheuerlichen militaristischen Drill und die damit verbundenen psychischen Auswirkungen. Erfüllt von der Furcht, unter diesen Bedingungen geistig stumpfsinnig zu werden, sein Hilferuf an Käthe: „Du musst meine politische Lebensarbeit mit übernehmen, ich bin ausgeschaltet durch den geistigen Stumpfsinn.“ Und danach: „Du kannst Dir nicht ausdenken, wie die Maschinerie des Militarismus einen in ihr Räderwerk hineinzertr.“ Später wird er schreiben: „... man hört so ganz und gar auf, Geistesmensch zu sein. Die Vertiefung des Menschen im Krieg ist ganz ungeheuerlich.“

H. Duncker, dessen Briefe ein Psychogramm des Militarismus und des Krieges zeichnen, schreibt am 27. 10. 1915: „Es ist ja nicht nur das Sterben, sondern das Morden (...) Der Krieg ist eine entsetzliche Schule des Verbrechens. Wohin soll das? Man kann nicht laut genug all die Dinge hinausschreien, die der Krieg im Gefolge hat.“ Erfüllt von der Sorge um die Familie, drängt er Käthe, sich zu erhalten, um „inmitten der Kinder die Ideen zu pflegen, deren Verbreitung unsere einzige Rache sein kann“.

Und Käthe, die die Lasten des Kriegsalltags schulterte, antwortet: „Was soll ich Dir schreiben? Mein Herz ist so voll und mein Kopf so leer! Ich kann nichts denken, habe nur immer das Gefühl, als müsste ich zerspringen vor Schmerz und Zorn.“ Und kurz darauf: „Verrucht ist dieses System – keine Sklaverei der Vergangenheit konnte verruchter sein. Und die fetten Nutznießer und die elenden Verräter im eigenen Lager.“

Hermann, der darum bittet, sich durch seine „gelegentlichen Verzweiflungsausbrüche“ nicht irremachen zu lassen, fragt: „Wie ist die Stimmung in der Masse?“, worüber sie jedoch nichts Ermutigendes berichten kann. Franz Mehring schreibt ihm am 8. 12. 1915, dass er bei einem Besuch Käthe „ganz verzweifelt“ vorgefunden habe. Doch sie berichtet Hermann bald darauf mit verhaltener Freude über eine „größere Familienbesprechung“ –

Briefwechsel zwischen Käthe und Hermann Duncker im ersten Weltkrieg

Keine Rechtfertigung für Massenmord

gemeint war die Reichskonferenz der Gruppe Internationale, die sie mit dem 2. Januar 1916 datiert. Später schildert sie ihm, wie Rosa Luxemburg bei ihrer Entlassung aus dem Frauengefängnis Barnimstraße empfangen wurde: „... als das Auto zum Tor herauskam, Hochrufe auf Rosa und den Frieden! Einige schwangen sich auf die Trittbretter, warfen ihr Blumen hinein und fuhren ein Stück mit.“ Aber da ist schon die Sorge um die anstehende Zuchthausstrafe für Karl Liebknecht. Sarkastisch schreibt sie: „Bei uns (ist) alles möglich. Und eigentlich ist heute das Gefängnis der einzige anständige Aufenthalt für anständige Leute.“ Am 13. 8. 1916 beklagt Hermann Duncker, dass seine Briefe „verdammt steril“ werden, dass er unter dem Druck der Verhältnisse „geistig immer einsilbiger“ wird. Doch dann schildert er am 21. 8. 1916 als „eventuelles Anklagematerial“ detailliert

die Kämpfe der Rechten gegen Karl Liebknecht und die Spartakusgruppe. Als sie auf der Reichskonferenz der Partei im September 1916 als Vertreterin der Spartakusgruppe leidenschaftlich für Liebknecht Partei ergreift, da „hatte ich gleich zwei Ordnungsrufe weg. Na, beinahe hätten sie mich herunter geholt. Schadet nichts, mit der Bagage gibt's doch keinen gemeinsamen Boden mehr!“ Am liebsten, so meint sie verzweifelt, zöge sie sich von aller Parteiarbeit zurück – „mir ist alles zum Ekel“. Und sie leidet darunter, dass sich die Arbeiter zur Schlachtbank des Krieges führen lassen. Immer wieder beklagt sie die „angeborene Schafsnatur“ der Menschen, „den Tiefstand der Arbeiterschaft“, insbesondere in Berlin. „Ich hasse dieses Nest alle Tage mehr und diese hohlköpfige, großmäulige und dabei feige Arbeiterschaft besonders.“

Als die Berliner Schutzleute, soweit sie an

der Front waren, wieder nach Berlin geholt werden, vermerkt H. Duncker: „Der innere Feind ist wohl wichtiger als der Äußere.“ Und in der Tat: Am 1. 3. 1917 schreibt Käthe ihren Brief an Hermann, „während zwei Kriminalbeamte die Wohnung von unten bis oben durchschnüffeln“ – fünfzehn Stunden lang. Für sie ist der tobende Weltkrieg ein „riesiger Selbstmord, ein Weltuntergang“, bei dem man hoffen könnte, „dass er den endgültigen Untergang des Kapitalismus bedeutet“.

Am 15. 7. 1917 schreibt H. Duncker unter dem Eindruck, dass der russische Arbeiter- und Soldatenrat F. Adler und K. Liebknecht zu Mitgliedern gewählt haben: „Jetzt heißt es, ein klares Programm aufsetzen“.

Und zwei Tage später: „Als Sozialisten müssen wir uns gegen jeden Krieg wenden! Es gibt keine Rechtfertigung des Massenmordens!“

Der letzte Brief, geschrieben von Käthe, stammt vom 26. 9. 1917. Anfang Oktober 1917 erhält H. Duncker Urlaub. Doch kaum in Berlin, wird er in ein Lazarett eingeliefert. Krankheit und Genesung ziehen sich lange hin. Wegen seines schlechten Gesundheitszustandes erneut beurlaubt, verbleibt er fern der Front. Eine Zeit, die sich bis Oktober 1918 erstreckt. Die im November ausbrechende Revolution erfüllt endlich sein und Käthes Sehnen und Hoffen.

• KURT SCHNEIDER

Aufgezeichnet nach „Ich kann nicht durch Morden mein Leben erhalten ...“ Briefwechsel zwischen Käthe und Hermann Duncker 1915 bis 1917. Hrsg. von Heinz Deutschland. Pahl-Rugenstein Verlag, Bonn 2005. 20 Abb., 187 S., 19,90 Euro





Von
**KLAUS
HUHN**

Wieder mal stapeln sich die Sportnachrichten. Indes: Der Leser könnte sich zum Beispiel fragen, was Prostitution mit Sport an sich und Fußball im besonderen zu tun hat. Die Antwort ist schnell gegeben: Eine Weltmeisterschaft steht vor der Tür und da gilt es viel zu bedenken. Nicht nur, ob Oliver Kahn oder Jens Lehmann das Tor hüten, sondern auch, wo man die Damen der käuflichen Liebe rund um die Stadien unterbringt. Das sei kein Thema für eine seriöse Zeitung? Im Prinzip ja, aber wie sich dieser Tage herausstellte, bewegt die Frage nicht nur fußballbegeisterte Gemüter, sondern auch zahlreiche städtische Ordnungsämter, woran man auch erkennen kann, dass eine Weltmeisterschaft längst zum Rundum-Geschäft geworden ist. Es müssen also nicht nur die Tore gezählt werden, sondern eben auch schon im Voraus die Zahl der zu erwartenden Damen. Zum Beispiel: In Nordrhein-Westfalen werden während der vier Wochen mehr als eine Million Gäste erwartet. Der überwiegende Teil davon männlich. Der Deutsche Städtetag stützt sich auf Schätzungen des Bundeskriminalamtes und rechnet bundesweit mit etwa 40 000 Damen des horizontalen Gewerbes. Die sollen WM-gemäß untergebracht werden. Verzichten wir auf die Schilderung der angedachten Einzelheiten und begnügen uns mit der Feststellung: Bei einer Fußball-Weltmeisterschaft ist eben vieles ins Auge zu fassen. Ein Glück, dass die Deutschen so gründlich sind ...

Wechsel zu einem Thema, das uns im Sport nun seit 15 Jahren nervt und jeden Tag aufs Neue hervorgekramt wird. Der Ringerverband hat seinen Sportdirektor entlassen. Nicht wie ein Bundesligaklub wegen kontinuierlicher Erfolglosigkeit, sondern wegen seiner – „Stasivergangenheit“. Kein Zweifel: Dieses Thema ist unerschöpflich! Dabei bestreitet schon längst niemand mehr, dass derlei Vorwürfe in der Regel gegenstandslos sind. Auch bei Wolfgang Nitschke stand schnell fest, dass er anstehende Arbeitsgerichtsprozesse gewinnen würde, und deshalb schloß der Verband einen Vergleich, der zwar die Kündigung vorsieht, aber „ohne jegliche Vorwürfe

des DRB gegenüber Nitschke“. Verbunden mit dem Vergleich ist die Zahlung einer Abfindung an den langjährigen Bundestrainer, der juristisch gesehen einen unkündbaren Vertrag hatte und vor einem Jahr nach Vorwürfen von „Stasi-Mitarbeit“ beurlaubt worden war.

Der Mann war seit 1991 Bundestrainer und seine Schützlinge holten bei Europa- und Weltmeisterschaften und Olympischen Spielen 46 Medaillen. Seit man ihn davonjagte, häuften sich die Niederlagen. Das tangierte die zuständigen Instanzen des bundesdeutschen Sports nicht. Dafür war die sogenannte Laurin-Kommission bemüht worden, die „Stasifälle“ klären soll. Die fand nach der Untersuchung des Sachverhalts

genauso bin ich als Naturwissenschaftler dagegen, daß wegen schlechter Wissenschaft, eines Gottesbeweises oder Donnergrollen Menschen auf dem Marktplatz verbrannt werden.“

Man staunt. Nicht mehr auf dem Marktplatz verbrennen? Endlich aufräumen mit den DDR-Dopinglegenden?

Nein, das keinesfalls!

Prof. Franke erinnerte flugs daran: „Klaus Wengoborski, ein ehemaliger Kriminalpolizist, hatte erstaunliche Erfolge, auch international. Doch er wurde lange Zeit nicht zentral eingesetzt. Er war derjenige, der Katrin Krabbe erwischte ...“

Na, bitte, da wäre man doch schon wieder auf der

Sportkolumne

40 000 Huren – und niemand mehr wird auf dem Markt verbrannt?

eine grandiose Lösung: Nitschke könnte Bundestrainer bleiben, aber als Sportdirektor keinen neuen Vertrag erhalten. Daraus wurde jedoch nichts, weil plötzlich das Bundesinnenministerium aktiv wurde und auf der Kündigung bestand.

Es gibt ein altes Sportlerlied, in dem sich die Worte finden: „Sport voran!“ Man sollte es anstimmen!

Und sich damit trösten, dass man sich wenigstens im Hinblick auf den Sport um die schon erwähnten Damen kümmert.

Wirklich: Es fällt heutzutage nicht leicht, positive Sportbotschaften zu finden! Sollte man die vielleicht als positiv betrachten: Prof. Dr. Franke, der lange Jahre gemeinsam mit seiner Frau Brigitte Berendonk den Dopingkreuzzug gegen die DDR führte, kündigte in einem Interview in der FAZ (19. 9. 2005) an, dass er das Handtuch werfen werde: „... es wird zuviel. Meine Frau ist 1995 ausgestiegen aus der Kampagne. Es kostete zu viele Nerven. Dazu kommen nun zunehmend Klagen von Athleten, die falsch positiv getestet sind. ... Genauso wie ich dagegen bin, daß junge Menschen gedopt werden,

richtigen Spur.

Eine der nächsten Rückfragen galt Dieter Baumann und da lautete die Auskunft einmal mehr: „Im Fall Baumann habe ich Unterlagen von der Staatssicherheit der DDR gezeigt, in denen steht, wie sie jemandem Mittel in der Zahnpasta untergeschoben haben.“

Erinnern Sie sich noch? Wenn nicht, wurde es höchste Zeit, dass Prof. Franke dieses Stasi-Schauermärchen wieder einmal vortrug.

Und so sieht er das Dopingproblem generell: „Doping Test und -Nachweis sind unersetzlich. Nur: Es kommt auf die Interpretation an. Der Sport muß beweisen können, daß sich jemand absichtlich gedopt hat.“

Und weil das eine absurde Forderung ist, hat sich Prof. Franke entschlossen, die Kreuzzugkohorte zu verlassen. Nur wenn es um die DDR geht, steht er noch zur Verfügung. Zum Beispiel im Fall Krabbe und in der besonders abscheulichen Affäre, in der die „Stasi“ in Dieter Baumanns Zahnpasta das Dopinggift injizierte.

Ich habe mir fest vorgenommen, jetzt eine Weile nur noch positive Sportnachrichten zu sammeln und zu Papier zu bringen!

Das Ganze nennt sich „Die konservative Informationsbasis im Internet“ und bringt gar schauerliche Sachen ans Licht. Manche zwar erst richtig verspätet, aber wir wissen unsere Erwähnung durch diese antikommunistischen Truppe namens „Hilferufe von drüben e.V. - Hvd“ (deren Präsident einst ein gewisser Löwenthal war) durchaus zu schätzen. Als LEIPZIGS NEUE nach der Fusion mit dem sächsischen „Linksblick“ ab der Nummer 7'96 für einige Zeit diesen Namen im Untertitel führte, war sie schon drei stattliche Jahre alt – und damit zwei Jahre älter, als ihr ihre besten Freunde an Lebenskraft vorausgesagt hatten.

Einer unserer Mitbegründer stieß also kürzlich bei Recherchen im Internet, in dem LEIPZIGS NEUE ziemlich oft zitiert wird, auch auf diese durchaus schmeichelhafte Würdigung, wenn sie im Detail bloß nicht so dämlich wäre:

„Linksblick für Sachsen“ – Ein Blatt für Betonköpfe. In Leipzig erscheint alle 14 Tage eine neue kommunistische Hetzzeitung im altgewohnten Stil des kommunistischen Klassenkampfes der Genossen: „Leipzigs Neue – Linksblick für Sachsen“. Die Überprüfung von vier Ausgaben erbrachte, daß nicht wenige der in den Spalten des Blattes genannten Personen in den Mitgliedlisten der PDS oder in den Stasi-Akten der Gauck-Behörde verzeichnet sind.

In eigener Sache

*Ausgegraben
und für
schmeichelhaft
befunden*

Hvd ist den Spuren von einigen dieser Kommunisten nachgegangen und fand heraus: Joachim Bischoff und Ekkehard Lieberam spielen bei der PDS in Sachsen-Anhalt eine Rolle. Rudolf Nitsche gibt sich großmäulig als Offizier im besonderen Einsatz (OibE) zu erkennen, ist aber in der Mitarbeiter-Kartei des MfS nicht verzeichnet. Eberhard Panitz war zu DDR-Zeiten als mitlaufender Schriftsteller unbekannt. Viel bekannter in Stasi-Kreisen ist dagegen Jürgen Schmidt, der es auf

immerhin 15 Eintragungen in der MfS-Kartei brachte, Horst Schneider ist siebenmal vermerkt.

Ein strammer Stasi-Mann ist Josef Schwarz, der sich in einer Anzeige auch als solcher zu erkennen gibt. Doch bescheiden, wie er nun einmal ist, vergaß er sein Jahresgehalt von 50.250 Mark als Leiter der BVfS Erfurt anzugeben. Winfried Wolf erwähnt in seiner Anzeige nicht, daß er hauptamtlicher Stasi-Mann war. Vielleicht fragt mal einer nach, ob er identisch ist mit dem Winfried Wolf, der für die BVfS Neubrandenburg in der Abteilung „Briefkontrolle“ saß.

Über den Inhalt dieser roten Propagandazeitschrift zu berichten, lohnt sich nicht. Nur ein Beitrag in Nr. 20/96 fiel auf: Ein Interview mit dem früheren Superintendenten und Leipziger Stadtpräsidenten a.D. Friedrich Magirius, dessen Nähe zur SED lange verborgen blieb. Die Tatsache allein, daß er dieses Interview gab, zeigt an, wie tief er gesunken ist. Die Regierungsverbrecher der DDR nennt der ev. Kirchenmann „eine überalterte Riege“, die nichts mehr mitbekommen habe. Und im übrigen seien es „einfach die wirtschaftlichen Zwänge“ gewesen, die zum Untergang der DDR geführt hätten. Das stimmt nahtlos überein mit dem Schönpredigen anderer ev. Kirchenführer, die das Stasi-Regime bis zuletzt im Sattel gehalten haben. Und es ist der unchristliche Beginn einer neuen Geschichtsfälschung, die den Linken in der EKD leicht über die Lippen kommt.

„... schlägt sich, ...verträgt sich“

Im Wahlkampf lieferten sich Unions- und SPD-Politiker erbitterte Wortgefechte. Ja, man bezichtigte sich sogar wechselseitig der Lüge. Ein gemeinsames Regieren gar sei undenkbar.

Nach der Wahl suggerierten scharfsinnige Wortakrobaten beider Seiten dem staunenden Volk, dass der Wähler – „der Souverän“ – eine Große Koalition gewollt hätte. Und den Wählerwillen müsse man schließlich respektieren. Flugs waren alte Anfeindungen vergessen und Pöstchen verteilt. Medial gefiel man sich in der Pose als schwarz-rote Nationalhelden, die vereint ausziehen, das Vaterland zu retten. (Was macht das schon, wenn dabei auch einmal ein Vorsitzender abhanden kommt.) Die ehemaligen Kontrahenten einigten sich schnell darüber, wie man das Volk, den „großen Lümmel“, noch besser schröpfen und hinter Licht führen kann. An diesem Beispiel bewahrt sich wieder einmal der Volksmund auf anschauliche Weise: „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich.“ Ob der deutsche Michel merkt, was mit ihm geschieht? Immerhin erhielten die heutigen Groß-Koalitionäre bei der letzten Wahl zusammen fast 70 Prozent der Stimmen.

GÜNTHER RÖSKA,
LEIPZIG

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.

Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen.
Die Redaktion

Die Ablehnung der durchgängigen Verstaatlichung von Industrie und Bauwesen in der DDR – zuletzt der staatsbeteiligten und privaten Betriebe 1972 – spricht dennoch nicht für die weitere Privatisierung von Staatsunternehmen in der Bundesrepublik, schon gar nicht im Bereich der Infrastruktur, deren Einrichtungen sich in Deutschland über Generationen in öffentlicher Hand befanden. Ihr Verkauf, also ihre reelle statt einer formellen Privatisierung, gefährdet Arbeitsplätze, fördert Lohnsenkungen – noch dazu bei Ost-West-Differenzierung, und vernichtet Lehrstellen. Zum Zweiten ist solche Privatisierung in der Regel mit Preiserhöhungen auf Kosten der Kunden verbunden. Und endlich drittens können sich Existenzgründer wie zum Beispiel auch Privatärzte nach Wegfall von Polikliniken schnell an Banken verschulden. Zu all dem kommt Effektivitätsrückgang, weil nach Verkauf staatlicher Betriebe

schnell technisch widersinnige Ausgliederungen erfolgen und so Synergieeffekte entfallen, und das in einer Zeit, in der große private Konzerne fusionieren.

Private Betriebe in Industrie und Bauwesen, vom Handwerk bis zum Großunternehmen, haben auf Dauer Platz. Obwohl sich im Osten aus eigener Kraft neue Unternehmen entwickelten (ich verweise auf Werkzeugmaschinenbau in Chemnitz, AG Mifa Fahrradwerke Sangerhausen, Eckert/Ziegler Nuklear Medizin Berlin-Buch oder Bio-Con-Valley Teterow mit dem nach 1990 von der Universität Rostock entlassenen Prof. Klinkmann), gibt es nach wie vor viele Insolvenzen selbst bekannter Traditionsbe-

triebe. Zugleich gaukeln Neoliberale den Mitarbeitern von Konzernen als Aktionäre mehr Mitbestimmung vor, obwohl der Kleinaktionär gegen Besitzer großer Aktienpakete keine Chance hat. Das Stimmrecht ist hier kapital- und nicht wie in der Genossenschaft personengebunden. Auch deshalb wäre es geboten, dass Großkonzerne für von öffentlichen Haushalten erhaltene Subventionen entsprechende Aktienpakete an sie liefern. Die Gesellschaft hätte so über öffentliche Haushalte mehr Einfluss und müsste außerdem nicht auf Dauer in der Schuldenfalle sitzen.

HANS LUFT,
BERLIN

Internationaler Tag

„Nein zu Gewalt an Frauen“

Das diesjährige Motto der Fahnenaktion ist für viele Menschen im Jahre 2005 selbstverständlich – aber doch noch immer grausame Realität für viele Frauen weltweit! Sie werden zwangsverheiratet, ja sogar ermordet, wenn sie über ihr Leben selbst bestimmen wollen. Und die Täter sind ihre eigenen Väter oder Brüder. Unvorstellbar...

Dies geschieht nicht nur in „fernen“ Ländern, sondern auch in Deutschland. In Berlin findet zurzeit der Prozess gegen die drei Brüder von Hatun Sürücü statt. Hatun, in Berlin aufgewachsen wie ihre Brüder, wurde in die Türkei zwangsverheiratet, kam nach Berlin zurück, beendete dort die Schule und begann eine Ausbildung zur Elektrotechnikerin. Ihr jüngster Bruder gestand, sie erschossen zu haben. In der deutschen Presse konnte man vielfach vom „Ehrenmord“ lesen.

Wir Deutsche sollten uns fragen, wo liegt die Mitschuld der deutschen Gesellschaft? Welche Möglichkeiten haben ausländische Familien überhaupt, sich zu integrieren? Warum braucht Hatuns Vater einen Dolmetscher vor Gericht? Wie sah die Schul- und Berufsbildung in Deutschland von Hatuns Brüdern aus? Was für Zukunftschancen hatten sie über-

haupt? War es nicht vielleicht auch Neid und Missgunst auf Hatuns selbstbestimmtes Leben, die den Bruder oder die Brüder zu diesem furchtbaren Mord trieb?

Es war kein Einzelfall, auch nicht in Deutschland. Nur wer die Hintergründe kennt, kann sein Handeln danach ausrichten und das Schlimmste verhindern.

Um Hintergründe zu benennen und auf Gewalt gegen Frauen aufmerksam zu machen, veranstalten die AG Leipzig, die Freitagswerkstatt, der DIALOG e.V. und die Rosa-Luxemburg-Stiftung die traditionelle Fahnenaktion.

**Lesung und Gespräch unterm Dach zum internationalen Tag „Nein zu Gewalt an Frauen“
Freitag, 25. 11. 2005, ab 18 Uhr,
Leipzig, Braustr. 15,**

LVZ nennt Sozialisten „schamlos“

Herr Hilger, Chefredakteur der LVZ, warnte sein Lesevolk im Leitartikel „Tollhaus Berlin“ vom 2. November vor Neuwahlen, denn sie würden „die schamlosen Linkspopulisten“ nur stärken. Ein gebildeter Chefredakteur würde sich seines solchen unverschämten, abwertenden Adjektivs enthalten.

Man muss einen Andersdenkenden ja nicht lieben. Ich sehe aber auch keinen Anlass, einen Menschen, weil er gelernter West-Bundesbürger ist oder einer C-Partei angehört, zu hasseln.

Diese Wortwahl verrät nicht nur, wer dieser aus westlichen Gefilden gekommene Herr ist und wie er Mitglieder einer demokratischen, in diesem Staat unerwünschten Partei einschätzt; sie zeigt auch, in welchem Maße er und seine von ihm geleitete Zeitung parteipolitisch unabhängig sind.

SIEGFRIED MÜLLER,
LEIPZIG

Wanderungen durch Neufünfland

WIR HATTEN UNS FEST VORGENOMMEN, landeinwärts zu wandern, um dem Gewäsch über die Koalition zu entkommen. Ich weiss nicht, wie es ihnen geht, aber wir hatten den Kanal voll. Ein einziger am Rande Befragter schien den Durchblick zu haben: „Die einen lehnten eine Erhöhung der Mehrwertsteuer im Wahlkampf rundweg ab und versicherten: ‚Mit uns nicht!‘ Die anderen hatten höchstens zwei Prozent mehr angekündigt. Nun haben sich beide zusammengenagt und die Mehrwertsteuer um drei Prozent erhöht.“

Im Wald herrschte denn auch Ruhe und man hatte Muße, sich der Natur zu widmen. Kaum aber hatten wir den Harz erreicht, begegneten uns die fast gleichen Querelen. Es ging ums Nordharzer Städtebundtheater. Erst hatte die Linkspartei im Kreistag einen Antrag eingebracht, der das Theater retten soll. Der wurde abgelehnt. Dann reichte die CDU den gleichen Antrag ein, nur eben auf ihrem Kopfbogen. Ab 2009 würden für das Theater jährlich 900 700 Euro benötigt. 400 000 aber stehen nur zur Verfügung. Also soll die Kreisumlage erhöht werden, nur weiß niemand, woher man das Geld nehmen sollte. Wir wanderten weiter und sagten uns: „Kommt Zeit, kommt Rat!“ (Manchmal passiert derlei ...)

Wie schön ist das Schweigen im Walde

IN STENDAL ERLEBTEN WIR, wie dieser Spruch wahr werden kann. Auch dort hatten viele junge Menschen keine Ausbildungsplätze, aber plötzlich waren welche da!

Die Volksstimme meldete: „Für junge Männer und Frauen gibt es eine lohnende Alternative zum drohenden Nicht-tätigsein: Die Bundeswehr. Entweder als freiwilliger Wehrdienstleistender (Fwd) oder als Soldat auf Zeit.“ Hinzugefügt wurde noch, dass die bald nicht mehr Herumlungernenden natürlich auch mit einem Auslandseinsatz rechnen müssen: Afghanistan oder Kosovo.

Na also. In Stendal wurde das Problem also gelöst. Keine arbeitslosen Schulabgänger mehr. Es lebe die Bundeswehr!

WUNDERT SICH JEMAND, dass wir uns eilig wieder auf den Weg machten? Die nächste Rast machten wir in Burg und erfuhren, dass man dort die Stadt gründlich „umbaut“. Verständlicher formuliert: Weil so viele davongezogen wird, wird man Wohnhäuser abreißen. Und: „Entstandene Freiflächen dürfen nicht bebaut werden. Das beschloss der Bürger Stadtrat auf seiner jüngsten Sitzung.“

Da gelangten wir zu dem Schluss: In Burg scheint also niemand damit zu rechnen, dass die „Abwanderer“ eines Tages zurückkehren.

Da waren wir schon wieder den Wahlversprechen begegnet und hielten im Wald Ausschau nach Eichhörnchen. Die reden wenigstens nicht.

• KLAUS HUHN

Springer klagt gegen taz

Nur 1512 Bilder lang oder auch kurz ist der neue Kinowerbespot für die Berliner taz. Die Story: Ein Herr im Unterhemd latscht zu einem Zeitungskiosk und verlangt mit einfachen Worten „Gib ma' Zeitung!“ Es sei nichts mehr vorhanden ist die Antwort. Hingeschoben wird ihm als Lese-stoff die „taz“. Erst nach einen Augenblick des Entsetzens greift der Kioskmann unter den Tresen, kramt ein Bild-Exemplar hervor. Einen Tag später der gleiche Kunde. Er verlangt gleich die taz. Über dieses Bild wird eingeleitet: „taz ist nicht für jeden!“

Diese Form der Werbung fand der Springer-Verlag nicht besonders witzig und beantragte wegen vergleichender Werbung postwendend eine einstweilige Verfügung in Hamburg gegen den taz-Kinospot. O-Ton des Springer-Sprechers Tobias Fröhlich: „Unsere Leser werden hier in einer Weise herabgesetzt und herabgewürdigt, die wir nicht akzeptieren können. Wir stellen uns vor unsere Leser.“

Soll das Hamburger Landgericht nun prüfen, ob Bild und nicht die taz die klügeren Leser hat.

• KARL-H. WALLOCH

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877



VERANSTALTUNGEN

Mittwoch, 23. November, 19 Uhr, Dresden

Podiumsdiskussion: *Nach der Bundestagswahl – Wie weiter zwischen Linkspartei.PDS und WASG?* Mit Dr. Martina Große, AG „Strategische Entwicklung von Linkspartei.PDS und WASG“ der Linkspartei.PDS Sachsen, Dresden, und Enrico Stange, Sprecher WASG Sachsen, Leipzig. Moderation: Thomas Westphal, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen WIR-AG, Martin-Luther-Str. 21

Freitag, 25. November, 18 Uhr, Leipzig

Ausbringen der Fahne „frei leben – ohne Gewalt“, Lesung und Gespräch *Menschen vieler Nationalitäten sagen „NEIN zu Verbrechen im Namen der Ehre“*. In Zusammenarbeit mit LISA und Freitagswerkstatt/Dialog e. V. zum internationalen Tag „Nein gegen Gewalt an Frauen“ Liebknecht6-Haus, Braustr. 15

Montag, 28. November, 18.30 Uhr, Dresden

Podiumsdiskussion: *800 Jahre Dresden – Stad(t)t Feiern Zwangsumzüge? Zur Wohnsituation Hartz IV-Betroffener in Dresden*. In Zusammenarbeit mit GEW, DGB, ver.di, Erwerbsloseninitiative, Euromarsch, Dresdner Bündnis gegen Sozialkahlschlag, und Arbeitslosenrat. Rathaus Dresden, Plenarsaal, Dr.-Külz-Ring 19

Dienstag, 29. November, 18 Uhr, Leipzig

Vortrag und Diskussion: *Albnert Einstein. Sein Platz in der Physik, politische und philosophische Aspekte seines Denkens*. Mit Prof. Dr. rer. nat Armin Uhlmann, Prof. Dr. Gerhard Fuchs und Prof. Dr. Helmut Seidel. Moderation: Prof. Dr. Siegfried Bönisch Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Harkortstr. 10

Mittwoch, 30. November, 18.30 Uhr, Leipzig

Vortrag und Diskussion: *Der politisch-ideologische Differenzierungsprozess in der deutschen Arbeiterbewegung während des Ersten Weltkrieges und seine organisatorischen Auswirkungen*. Mit Prof. Dr. Kurt Schneider Klub Gshelka, An der Kotsche 51

Mittwoch, 30. November, 19 Uhr, Trebsen

Vortrag und Diskussion: *Linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung – Mehr Risiken als Chancen?* Mit Prof. Dr. Rolf Reißig, Berlin. In Zusammenarbeit mit PDS-Kreisverband Muldentalkreis. *** Hotel Schlossblick, Markt 8

Donnerstag, 1. Dezember, 18 Uhr, Leipzig

Vortrag und Diskussion: *Linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung – Mehr Risiken als Chancen?* Mit Prof. Dr. Rolf Reißig, Berlin. *** Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Harkortstr. 10

Freitag, 2. Dezember, 18 Uhr, Chemnitz

Vortrag und Diskussion: *Linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung – Mehr Risiken als Chancen?* Mit Prof. Dr. Rolf Reißig, Berlin. *** Rothaus e. V., Lohstr. 2

Sonnabend, 3. Dezember, 10–15 Uhr, Leipzig

Kolloquium des Rohrbacher Kreises: *Kernenergie und/oder alternative Energien*. Mit Prof. Dr. W. Methling, stellv. Ministerpräsident in Mecklenburg-Vorpommern. 100 % erneuerbare Energien bis 2050 und Prof. Dr. rer. nat. G. Klose: Deutschland – Ausstieg aus der Kernenergie? *** Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Harkortstr. 10

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen

Carl-Schorlemmer-Apotheke



„In der alten Salzstraße“

Inhaber:
FSD PhR Friedrich Roßner
Fachapotheker für
Allgemeinpharmazie
Karlsruherstraße 54
04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter

Naturkundemuseum

Leipzig, Lortzingstr. 3

Sonderausstellungen:

16. 11. bis 11. 12.: *Mit gespalte-
ner Zunge – Lebensschau aus
dem Nordharzer Schlangenpa-
radies*

Veranstaltungen:

**27. 11. und 4. 12., 10.30 Uhr; 1.
12., 14 Uhr:** Vorführung *Riesen-
schlangen, Nattern und Spinnen*
– **BITTE ANFASSEN**

Theatrium

Leipzig, Miltitzer Allee 52

25. und 26. 11., 20 Uhr: *Ein
wundervoller Sonnenuntergang.*
Jugendtheaterprojekt – ab 14
Jahre

**2. 12., 10 Uhr; 3. und 4. 12., 16
Uhr:** *Die geknackte Weihnachts-
nuss* – ab 4 Jahre

Eine Anzeige dieser Größe
kostet in LN nur 6 Euro.
Wollen Sie etwas verkaufen,
verschenken ... ?

Haben Sie schon
daran gedacht, Ihren
Freunden und Angehörigen
mit einer LN-Anzeige zum
Geburtstag zu gratulieren
– denken Sie auch recht-
zeitig an
Weihnachtsglückwünsche!

Deutscher

Freidenker-Verband

Leipzig, Gottschedstr. 31 (HH)

29. 11., 18 Uhr, Harkortstr. 10:
Teilnahme an einer Veranstaltung
des phil. Arbeitskreises der Rosa-
Luxemburg-Stiftung zu Leben
und Werk Albert Einsteins mit
Prof. Dr. Armin Uhlmann und
Prof. Dr. Helmut Seidel

SZM

Stadtteilzentrum Messemagistrale
Leipzig, Straße des 18. Oktober 10a

24. 11., 19 Uhr: Steffi Böttger,
Hans-Georg Türk: *Prosa und
Lyrik von Pablo Neruda „...und
eines Tages stand alles in Flamen
und eines Morgens spran-
gen die Feuer aus der Erde her-
vor“*. Eintritt: 4,50 Euro

26. 11., 16 Uhr: Puppenbühne
Schmidt zeigt für die Kleinen
Rotkäppchen. Eintritt: 2,50 Euro

ISOR e. V.

Isor e. V. führt Beratungen für
Rentner und angehende Rentner
durch, die Mitarbeiter der
bewaffneten Organe und der
Zollverwaltung der DDR
waren.

Die Sprechstunden finden an
jedem vierten Mittwoch des
Monats von 16 bis 18 Uhr im
Stadtteilzentrum Messemagistra-
le, Straße des 18. Oktober 10a,
04103 Leipzig, statt



Mag uns der Wind der Marktwirtschaft auch
noch so beuteln. Wir stehen! Leicht gekrümmt.
Aber wir stehen. Auch dank Ihrer Hilfe –
die wieder einmal dringend nötig ist!

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,
Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860
555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima
Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein

Geschenkabonnement ist

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum
Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Ausgefüllten Bestellschein bitte an

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig schicken

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und
wird über die Post zugestellt. Das Abonne-
ment verlängert sich jeweils um ein halbes
Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor
Bezugsende in der Redaktion kündigt.

Ich bitte um Rechnung

Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung
(Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Leipzigs
FRECHE



Zum Krümelkacker verdammt

Herr M. handelte sich in seiner Kaufhalle einen schlechten Ruf ein. „Krümelkacker!“, zischelte ausgerechnet seine Lieblingskassendame – ja, die mit den langen schwarzen Haaren und dem Kussmund – ihrer Kollegin an der Nachbarkasse zu, nachdem Herr M. sein Zeug vom Band genommen hatte und er im Begriff war, den Kassensbereich als zufriedener Kunde zu verlassen.

Herr M. wurde es heiß. Doch, doch, blick dir ins Gesicht, der Vorwurf galt dir. Penibel das Wechselgeld nachzuzählen war nicht seine Art; das also konnte nicht Anlass sein zu dieser Meckerei. Nachdenklich packte er sein bisschen Zeug aus dem Korb in die Tasche. Da endlich klingelte es ihm: Er hatte von der Kassiererin eine schriftliche Bestätigung, ja, so richtig mit Unterschrift und

Stempel der Markt-Frisch-Filiale verlangt, als Nachweis für alle Fälle, dass er sich an jenem Tag von 10.44 Uhr bis 11.13 Uhr zwecks Erwerbs von Dingen des täglichen Bedarfs, also Fresserei, in der Vst. xyz befand.

Hätte ja sein können, in der dokumentierten Zeit seines Kaufhallenbesuches klingelte jemand an seiner Wohnungstür oder am Telefon, nur mal so, und er war nicht da, also nicht abrufbar, und Herr Peter Clever, seines Zeichens Vize-

verwaltungsratschef der Bundesagentur für Arbeit, argwöhnt nun wie andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Agentur auch, Herr M. missbrauche seine Alg-II-Stütze, verschmarotze diese Steuergelder ehrbarer Schaffer an einer Nacktbar auf den Seychellen.

*Geschichten von
Herrn M.*

aufgeschrieben von Ekkehard Fritz



Lösungsspiegel

Am Elsterflurpecker
Deutschen Bücherei
für Bücher in der
Transportgang



Welcher geheimnisvolle Gang einer berühmten Leipziger Institution ist hier zu sehen ?



An welchem bekannten Ort trauert in Leipzig diese Weide?

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

An deutschen Krankenhäusern sind 5000 Stellen unbesetzt.
DLF 19. 10.

Hier ist etwas völlig aus dem Ruder gelaufen. (betr.Hartz IV) Ich denke da z. B. an die Zellteilung bei den Bedarfsgemeinschaften.
Peter Clever,
Stellv. Vors.d. Verwaltungsrates der Bundesagentur f. Arbeit.
DLF 24.10.

In Russland gibt es weltweit die meisten Neonazis, u. a. in der sogenannten Freiheitspartei. Eine Hochburg ist St. Petersburg. In den letzten eineinhalb Jahren wurden zehn ausländische Studenten umgebracht. Neonaziführer Beljajew: „Russland steht noch ein großes Blutbad bevor, die weiße Rasse wird überall siegen.“ Die amerikanische Army hat große Probleme bei der Rekrutierung. Jetzt sollen die Schulen die Namen ihrer Schüler, die für eine Werbung infrage kommen, an die Army melden. Die Schulen, die sich weigern, sollen keine Bundesmittel mehr bekommen.
Beides ZDF 27. 10.

amerikanische Propagandaeinheit eingesetzt. Mit lauter Musik, die ja unter der Talibanherrschaft verboten war, versuchen sie die Kämpfer aus ihren Verstecken zu locken. Getötete Taliban-Kämpfer wurden von den Amerikanern mit Benzin übergossen und verbrannt.

Ein Sprecher der Amerikaner: „Ihr habt gesehen, wie wir eure Brüder verbrennen, jetzt habt ihr Schiss, aus der Deckung zu kommen ...“ Im letzten halben Jahr sind im Süden Afghanistans 1400 Menschen ums Leben gekommen.
Sendung „Der schmutzige Krieg der USA in Afghanistan“
3sat 30. 10.

Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen machen – so die Inschrift auf einer der Glocken der neuen Dresdner Frauenkirche. Wird diese Botschaft erhört werden ?
DLF 31.10.

Wenn es allen Arbeitslosen so gut geht, warum wollen dann nicht alle arbeitslos sein?

Auf einer Werbetafel der Caritas

• GEFUNDEN VON
MANFRED ERBE

Im Süden Afghanistans ist eine

Die Dinosaurier sind ausgestorben, doch ihre Fortbewegungsart hat bis heute überlebt: Große Massen laufen kleinen Hirnen hinterher.
*

Sklavenhalterdemokratie: Bezeichnung für eine Staatsform, die im antiken Griechenland untergegangen und in der modernen Bundesrepublik wiederauferstanden ist.
R. LOCHNER

Leipzigs
NEUE

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: leipzigs_neue@t-online.de
Internet: www.leipzigs-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:
Ralf Fiebelkom, Büro- und Verlagsservice,
Oststraße 39, 04209 Leipzig.
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung:
BERGdigital, Hans-Jürgen Berg,
Ostraße 39, 04420 Markranstädt.
Tel.: 034205/18 010, Fax: 034205/18 062
E-Mail: bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH
Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 14. November
Die nächste Ausgabe erscheint am 2. Dezember
Spendenkonto für Projekt linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40